

Der Zentral-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 27, Magazinstr. 67 II
Fernsprecher: Köpenicker 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Telegraphenadresse: Textilarbeiter Berlin

Verzinst seid ihr nichts — Vereintigt alles!

Anzeigen die sechsgepaletete Kleinzeile 150 Mark
Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Otto Behms, Berlin D 27,
Magazinstraße 67/II (Postfachkonto 5388), zu richten. — Bezugs
nur durch die Post. — Preis vierteljährlich 75 Mark

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Inhalt: Hauptblatt: Die „Einheitsfront“. — Das Jugendwohlfahrtsgesetz. — Die Lohnbewegungen, Streiks und Ausfahrungen im Jahre 1921. — Frauenkonferenz im Gau Rheinland und Westfalen. — Die Organisationsverhältnisse der Arbeiterinnen in den Kleiderfabriken und Waschanstalten im rheinisch-westfälischen Kohlengebiet. — Ein Stimmungs- und Schaubild vom Friedenskongress in Haag. — Aus den Gewerkschaften. — Aus der Textilindustrie. — Soziale Rundschau. — Berichte aus Fachreisen. — Bekanntmachungen. — Unterhaltungsteil: Von der deutschen Sprache. — Feierabend. — Christkindlein und Streikbrecher!

Die „Einheitsfront“.

Immer ist die Besetzung eines Landes durch ein fremdes Volk ein furchtbares Unglück. Gewalttaten werden verübt, Haß wird geschürt; leidenschaftliche Instinkte flammen auf, Elend und Not greifen um sich, Menschenleben gehen zugrunde. Wir haben kein Wort der Entschuldigung und Rechtfertigung für den französischen Einmarsch in das Ruhrgebiet; wir sind von schweren Sorgen vor kommenden Katastrophen und kriegsartigen Explosionen erfüllt; wir bängen angesichts des französischen Einbruches vor der Zukunft.

Gerade deshalb aber, weil wir die Tragweite politischer Ereignisse abzuschätzen wissen, haben wir doppelt Grund, mit kühlem Kopfe die Dinge zu betrachten. Große Verantwortungen lasten auf uns; wir leisten der deutschen Republik den größten Dienst, wenn wir nicht unter dem Einfluß hochbrandender Gefühle, sondern im ersten Bewußtsein unserer Verantwortung für das Schicksal der deutschen Arbeiterschaft und der deutschen Republik unsere Stellungnahme wählen und unsere Überzeugungen von dem, was zu geschehen hat, bilden.

Man bewältigt die Schwierigkeiten einer politischen Situation nicht damit, daß man ein Schlagwort prägt und mit diesem Schlagwort die Herzen der Massen entzündet. Man kann sich an Schlagworten berauschen, man kann jedoch mit Schlagworten nicht die Welt harter und brutaler Tatsachen umgestalten. Vielmehr besteht die Gefahr, daß die Schlagwortberauschten wie alle Betrunknen irgehen, den rechten Weg verlieren, über Hindernisse stolpern und in Gräben stürzen, daß sie also, statt ihr Los zu bessern, in immer größeres und schrecklicheres Unglück hineingleiten.

In der Forderung der „nationalen Einheitsfront“ sehen wir gegenwärtig ein Schlagwort. Wir scheuen uns nicht, das gerade und offen herauszusagen. Gewiß, wenn diese Einheitsfront eine Wirklichkeit wäre oder zur Wirklichkeit werden könnte, dann wäre ein politischer Machtfaktor ersten Ranges geschaffen. Aber wie die Dinge liegen, ist gar nicht daran zu denken, daß die Einheitsfront ein Gebilde der Wirklichkeit wird. Nicht durch die Schuld der Arbeiterschaft. Die Arbeiterschaft ist seit 1918 die Stütze der deutschen Republik. Niemand diene ihr treuer als das deutsche Proletariat. Die Arbeiterschaft hat gedurft, gehungert, hat Steuern bezahlt, ist unter der Wirkung der Marktentwertung wirtschaftlich nahezu zusammengebrochen und hielt trotzdem an der deutschen Republik und der Weimarer Verfassung fest. Die Arbeiterschaft hat Opfer gebracht, unendliche Opfer; niemand bedarf es weniger als sie, zu neuen Taten und Leistungen um der Erhaltung der deutschen Republik willen aufgemuntert zu werden. Seit 1919 befindet sich die Arbeiterschaft in der Verteilung und Abwehrstellung gegen die wirtschaftliche und politische deutsche Reaktion. Wenn die Forderung der nationalen Einheitsfront irgendwie den Sinn hat, Gegensätze zu überbrücken, Angriffsabsichten zurückzustellen, Opfer für eine höhere Sache zu bringen, dann hat die Arbeiterschaft schon mehr als genug zur Herstellung der Einheitsfront geleistet.

Nun aber sehen wir gerade jene die Parole der Einheitsfront ausgeben, die den Klassenkampf und die politische Reaktion vielleicht weniger predigen, dafür jedoch um so empfindlicher und rücksichtsloser üben. Das muß mißtrauisch machen, das muß zu der Frage anregen: Sollen

da nicht bössartige Ziele versteckt und frevelerische Pläne verhüllt werden?

Wir glauben, daß die Arbeiterschaft in diesen Tagen neuen nationalen Ueberchwangs allen Anlaß hat, auf der Hut zu sein, ebensowohl vor den Franzosen wie vor der deutschen Reaktion.

Die deutschen Arbeiter haben bisher nahezu 80 Proz. aller Reichssteuern ausgebracht. Die besitzenden Kreise hintergingen den Staat; bis heute hörten wir nichts davon, daß sie um der Einheitsfront willen bereit sind, die hinterzogenen Steuern nachzuleisten, die Schäden zu spät bezahlter Steuern, die infolge der Marktentwertung dem Reich entstanden sind, wieder gutzumachen. Ganz im Gegenteil; zu unserer Entrüstung müssen wir vernehmen, daß den Zehnbesitzern 40 Milliarden Mark Kohlensteuer, die aus den Taschen der armen notleidenden Bevölkerung geholt worden waren, gestundet worden sind. Das Reich braucht Geld und stundet der Schwerindustrie 40 Milliarden Steuern! Für diese 40 Milliarden Mark mußten neue Noten gedruckt werden, die weiterhin die Mark verschlechterten; aus diesen 40 Milliarden konnten die Schlotbarone höhere Dividenden und gewinnbringende Vorzugsaktien an nichtsturende Aktionäre ausschütten. Ist es ein Wunder, wenn Poincaré von der Sabotage der deutschen Schwerindustrie spricht? Und diese 40 Milliarden sind nach dem letzten Marksturz nur noch der zehnte Teil des ehemaligen Wertes; die Schwerindustrie hat infolge dieser Verschuldung an das Reich ein unmittelbares Interesse an einer markverschlechternden Katastrophe. Durch ihren Widerstand gegen die Holz- und Kohlenlieferungen gab unsere Industrie Frankreich den Vorwand zum Einmarsch; den Einmarsch benutzte sie sofort wieder zu maßlosen Kohlen-, Eisen- und Holzpreiserhöhungen. Das sieht nicht nach Bereitschaft zu Opfern aus. Die Arbeiterschaft darbt, aber die Industrie heimst „Besetzungsgewinne“ ein; Klagen über den Bücher beantwortet sie mit lecker Sitze mit der so gelegenen Ausrede: „Frankreich ist an allem schuld.“

Die Industrie hat davon doppelten Gewinn. Sie wälzt die Verantwortung für ihre Volksausplünderung auf Frankreich und kann dabei um so ungeförter ausbeuten. Zu gleicher Zeit trägt sie zur Entfaltung der nationalistischen Leidenschaften unter den Massen bei. Das aber gefährdet den Bestand jener Organisationen, die allein proletarischen Interessen dienen: der Gewerkschaften und der sozialistischen Parteien. Arbeiter laufen den Nationalsozialisten nach, deren Ziel es ist, die unbequemeren Gewerkschaften zu zerstören; Arbeiter begeben sich zu Kundgebungen der Monarchisten und reaktionären Mordbuben. Auf diese Weise werden die Arbeiter dazu verleitet, die Bollwerke selbst zu zertrümmern, durch die sie vor dem Allerschlimmsten allein bewahrt werden können.

„Einheitsfront“ sagt Stinnes. Dabei denkt er an die deutschen Eisenbahnen, die er in seinen Besitz zu bringen strebt.

„Einheitsfront“ sagten die bürgerlichen Demonstranten vom Königsplatz in Berlin. Im Anschluß daran sangen sie das Ehrhardtlied und ließen diesen meinedigen Mordbuben hochleben.

„Einheitsfront“ sagen die bayrischen Separatisten. Währenddessen gründen sie neuerdings Einwohnerwehren, um sie gegen Reich und Arbeiterschaft gebrauchen zu können, treten sie die deutsche Reichsflagge in den Kot, bereiten sie Putsch vor, hehen sie — nicht gegen Frankreich —, sondern gegen die „Lumpen vom 9. November“.

„Einheitsfront“ sagen alle die, welche durch ihre Taten sich als Feinde der Republik und der Arbeiterschaft erwiesen haben. Dabei verstehen sie unter Einheitsfront den Zustand, ungeachtet ihrem republik- und arbeiterfeindlichen Treiben nachhängen zu dürfen.

Die Katastrophenspolitik der Regierung Cuno bereitet diesen verdächtigen Einheitsfrontaposteln den Boden. Es wäre

Selbstmord, wenn nicht alsbald die parlamentarische Vertretung der Arbeiterschaft der Politik Cunos in den Arm fallen würde. Die Besetzung des Ruhrgebiets hätte vermieden werden können; sie gehört zu den Dingen, die einfach nicht geschehen dürfen. Deutschland fehlen alle Machtmittel, um den französischen Maßnahmen wirksam begegnen zu können. Die Fortsetzung des „Reinsagens“ würde zu Deutschlands Untergang führen. Wird aber dem gegenwärtigen Zustand auf dem Verhandlungswege ein Ende bereitet, so sind es abermals die Arbeiter, die die Fede für die Bahnweitzpolitik der schwerindustriellen Regierung Cuno zu bezahlen haben werden.

Die Parole der Einheitsfront soll den klaren Blick der Arbeiterschaft verwirren, damit sie die Dinge nicht sehe, wie sie in der Tat liegen. Aber die Arbeiterschaft ist wachsam. Cuno, Stinnes, Stresemann und Hitler sei es gesagt: „Bringt das große Opfer des Besitzes, hört auf, durch neue Spekulationen die Marktentwertung zu fördern, zieht die Hände weg vom Achtstundentag, bekennet euch zur Weimarer Verfassung, dann wollen wir an eure Ehrlichkeit glauben, wenn ihr nach der Einheitsfront ruft. Solange ihr aber diese Bedingungen nicht erfüllt, haben wir mit euch nichts gemein!“

Das Jugendwohlfahrtsgesetz.

Am 1. April 1923 tritt das Jugendwohlfahrtsgesetz in Kraft, das am 9. Juli 1922 vom Reichstag beschlossen wurde. Es ist ein zweifellos hochbedeutendes sozialpolitisches Gesetz. Gerade der Umstand, daß dieses Gesetz mit seinen Fürsorge- und Pflagemassnahmen für die gefährdete Jugend eine Tat der Republik ist, zeigt mit aller Klarheit, wie sehr die Republik an sozialem Verständnis das hohenzollernsche Kaiserreich überträgt.

Die Jugendlichen, an denen dieses neue Gesetz wirksam werden wird, entstammen der Natur der Sachlage nach vor allen Dingen den minderbemittelten, lohnarbeitenden Bevölkerungsschichten. Eben aus diesem Grunde hat die Arbeiterschaft ein außerordentlich großes Interesse daran, am Vollzug dieses Gesetzes beteiligt zu sein. Die Möglichkeit zur Beteiligung am Gesetzesvollzug besteht für die Arbeiterschaft; es kommt darauf an, daß die Arbeiterschaft von dieser Möglichkeit mimmehr Gebrauch mache.

Um freilich dazu imstande zu sein, muß die Arbeiterschaft das Gesetz kennen. Im Rahmen dieses Aufsatzes geht es nun allerdings nicht an, die einzelnen Gesetzesparagrafen zu besprechen; da es sich um 78 Paragrafen handelt, würde diese Aufgabe eben so umfangreich als ermüdend sein. Für unsere Zwecke genügt es, die Grundgedanken des Gesetzes herauszugreifen; was alsdann Lust und Liebe verspürt, das Gesetz im Wortlaut kennen-zulernen oder gar zur praktischen Arbeit im Jugendwohlfahrtswesen zu betreiben, kann das Gesetz in Nr. 54 des Reichsgesetzblattes vom 29. Juli 1922 nachlesen. (Das Reichsgesetzblatt kann auch in einzelnen Nummern durch die Post bezogen werden.)

Der leitende Gedanke des Gesetzes, der in schlichter Einfachheit so gleich im ersten Paragraphen ausgesprochen ist, ist ein Gedanke vom höchsten Sittlichkeit. „Jedes deutsche Kind hat ein Recht auf Erziehung zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit.“ Somit wird ein Anspruch des Kindes auf die Fürsorge durch die Gesellschaft anerkannt; es sind nicht Wohlthaten, die dem Kinde erwiesen werden, wenn seinen leiblichen, seelischen und sozialen Mängeln abgeholfen wird; es ist vielmehr moralische und rechtliche Pflicht der Gesellschaft, sich des bedrängten Kindes anzunehmen.

Es sind vier Hauptgebiete der Jugendwohlfahrtspflege, die durch das vorliegende Gesetz geregelt werden.

1. Schutz der Pflegekinder. Es ist bekannt, daß Pflegekinder bisher nicht selten Opfer furchtbarer Mißstände wurden. In häufigen Fällen waren sie Ausbeutungsobjekte gewissenloser Pflegeeltern; die Kontrolle über ihr Schicksal war unzulänglich und notdürftig. Das soll jetzt anders werden. Wer ein Pflegekind aufnimmt, bedarf dazu der vorherigen Erlaubnis des neu zu errichtenden Jugendamts. Das Jugendamt wird diese Erlaubnis nur Personen erteilen, die zuverlässig und vertrauenswürdig sind; es hat außerdem fortlaufende Aufsichtsbesugnisse über die Pflegepersonen. Diese Aufsichtsbesugnisse erstrecken sich auch

Von der deutschen Sprache.

Aus der „Zeitschrift des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins“ seien einige Blüten wiedergegeben:

Otto Brade veröffentlicht eine Mauderei über die in Deutschland grassierende Sucht, durch Aneinanderreihung von Anfangsbuchstaben neue Worte zu schaffen (nach dem Vorbild von Hapag), die schlagend und knapp sein sollen und gar oft wie Spinnge vor dem Leser stehen. Er gibt ein heiteres Gegenstück dazu: Ein biederer Kartoffelzüchter aus dem Harz wandte sich an uns mit der Bitte, gegen eine Vergütung an unsere Kasse ihm einen recht sinnfälligen, echtdeutschen Namen für sein neuestes besonders großes und nährstoffreiches Knollengewächs zu erfinden. Wir bemühten uns alle und stellten ihm eine Auswahl zu — doch er hatte inzwischen selbst gefunden, was er suchte: Das Edelgewächs wurde von ihm „M u l s o p p e r“ getauft.

Nr. 28 des Amtsblattes der braunschweigischen Staatsverwaltung brachte unter 106 eine Verfügung: „Verwendung von Rahmen nach Entfernung der Bilder über Fürsten aus ihnen.“ Ein Druckfehler liegt nicht vor, denn der Wortlaut ist genau so im Inhalt angegeben. Die Verfügung stammt vom Vorsitzenden des Staatsministeriums und ist mit Dr. Jasper unterzeichnet. Wir hätten einfach gesagt: „Verwendung der Rahmen von Fürstenbildern.“

Heißt es „frug“ oder „fragte“? Beides ist richtig. „Frug“ ist jedenfalls die ältere Form, „fragte“ die jüngere. Da nun einmal zwei Formen für denselben Begriff vorhanden sind, man für ihn aber nur eine Form braucht und meist auch nur gebraucht — die neuere —, kann man die ältere Form für einen anderen Begriff verwenden, nämlich für eine frühere Vergangenheit als die, welche man gewöhnlich nur ausdrücken will. Zum Beispiel wird man sagen dürfen: Ich fragte jemand nach der Republikfrage. Aber auch: Als

ich nach der Republikfrage frug, fragte auch schon ein anderer nach dem Revolutionsplag. Die erste Form bezeichnet so einen Zustand, die zweite eine Handlung während des Zustandes. Ob sich die Anwendung dieser beiden Formen in diesem verschiedenen Sinn niemals einbürgern wird, ist aber sehr fraglich, denn bei anderen Wörtern ähnlicher Art klingt einmal die eine Form nicht gut, das andere Mal die andere.

Einen Scherz dazu teilt Solde kurz in ihren „Florentinischen Erinnerungen“ mit. Besie, die ihr Bruder Edgar beim Erscheinen der Wustmannschen „Sprechdumheiten“ verfaßt hatte:

„Als heut ich wieder meine Liebste frug,
Ob sie mich liebe, seufzte sie: „Ich fragte
Dich früher nicht, ob mir dein Herze schlug.
Du weißt ja wohl, daß ich zuerst es wagte,
Und daß ich gerne die Beschämung trug.
Daß ich zuerst dir meine Liebe klagte.“
Verzeih mir, Liebste, daß ich frug und fragte.
Du weißt ja, wie mich stets der Zweifel plag,
Und wie vor Eiferjucht das Herz mir schlugte,
Wenn einer nur dich anzubilden wug.
Daß ich nur dich in meiner Seele fragte,
Du wußtest's, ehe mir dein Mund von Liebe sag.“

Feierabend.

Die Sirene hat es eben in den Abend geschrien: Feierabend! Das mächtige Fabrikrot speit die Masse der Arbeiter auf die Straße. In den großen Fabriksälen ist Ruhe geworden. Die Arbeiter abgehärmt, müde; teilnahmslos die Gesichter. In den Ohren klingt noch das unheimliche Geräusch der Maschinen: Musik der Arbeit... Hier und dort stehen Gruppen, besprechen mit Eifer ein Ereignis: Feierabend und Zahltag. Frauen sind heftig geworden, Männer verfluchen die Gesell-

schaft, die sie hungern läßt. Im Weitergehen denkt man noch angestrengt, rechnet eifrig: werden die wenigen Mark bis zum nächsten Zahltag reichen? — Kinder kommen gelaufen, hängen sich ans Mütterchen, laufen dem Vater entgegen. Sie wissen, daß heute Zahltag ist. In den Straßen verlieren sich die Arbeiter, eilen nach Hause. Zu Hause geht die Sorge ums Leben weiter. Und Sorge war bis jetzt des Arbeiters ständige Begleiterin. Es muß anders werden. Kämpfen wir dafür!
H. Högn.

Christkindlein und Streikbrecher!

Auch Streikbrechern ist das Christkindlein hold. Bei der Firma E. Herbst in Ulm traten die Arbeiter im März vorigen Jahres in den Streik. Allgemeine Achtung hatten sich die damals Streikenden seitens der Arbeiterschaft und der Bürgerschaft erworben durch die Disziplin und Ordnung im Streik — trotzdem sie oft von einer gewissen Billä aus beim Streikpostenfischen mit faulen Kartoffeln, Kots usw. geworfen wurden. (Die Polizei hat damals nicht festgestellt, wer der Werfer war.) Der Streik wurde beendet, die Löhne wurden bedeutend verbessert. Auch diese Firma wurde belehrt, daß Arbeits- und Tarifrecht sowie Betriebsrätegesetz nicht für die Käse da sind.

In Gestalt der Tochter des Herrn Herbst kam auch diese Weihnachten wie früher das liebe Christkindlein. Die sechs Streikbrecher mußten in die Villa kommen und erhielten ihre Christgabe, die anderen nicht.

Dieser Vorgang zeigt wieder aufs neue, daß das Unternehmertum nur die Bescheidenheit und die Danksamkeit belohnt; wer auf sein Recht besteht, wird getrafft, weil die Wahrnehmung dieses Rechtes dem Unternehmer Nachteil, dem Arbeiter Vorteil bringt. Daraus ergibt sich die weitere Lehre, daß der Arbeiter mit den Ergrungen-schaften durch die Organisation weiter kommt als mit den vom Unternehmer freiwillig gewährten Spenden.
Sch.

auf Kostalten, die Kinder in Pflege nehmen. Wer Pflegerkinder ohne die vorgeschriebene Erlaubnis oder Anmeldung in Pflege nimmt, wird mit Geldstrafe bis zu 100 000 Mk. oder mit Haft oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

2. Das Vormundschaftswesen. Den neuen Jugendämtern wird die Amtsvormundschaft von vornherein über die unehelichen Kinder übertragen. Das Jugendamt kann, um das Wohl des Mündels zu fördern, die Ausübung der vormundschaftlichen Obliegenheiten einzelnen seiner Mitglieder übertragen; es kann außerdem als Amtsvormund durch das Vormundschaftsgericht entlassen und durch einen bestellten Einzelvormund ersetzt werden. Um eine Zusammenfassung aller Jugendwohlfahrtsarbeit zu erzielen, bestimmt das Gesetz, daß das Jugendamt zugleich Gemeinde-wohlfahrtsamt ist.

3. Öffentliche Unterstützung hilfsbedürftiger Minderjähriger.

Dieser Abschnitt des Gesetzes bestimmt, daß im Falle der Hilfsbedürftigkeit Minderjähriger der notwendige Lebensbedarf einschließlich der Erziehung und der Erwerbsbefähigung, in Krankheitsfällen auch die erforderliche Pflege zu gewähren ist. Die Unterstützungspflicht ruht auf dem Träger des Jugendamtes (d. h. also auf der Gemeinde).

4. Schulaufsicht und Fürsorgeerziehung.

Die Schulaufsicht, die nach Anhörung des Jugendamtes vom Vormundschaftsgericht angeordnet werden kann, hat den Zweck, den moralisch oder leiblich gefährdeten Minderjährigen durch Hilfe zu schützen und zu überwachen. Dabei hat der Helfer bei Ausübung seines Amtes jederzeit das Recht auf Zutritt zu den Minderjährigen. Wo zu befürchten steht, daß ein Minderjähriger auf Grund seiner Lebensverhältnisse der Verwahrlosung anheimfällt oder wo der Minderjährige sich bereits im Zustande der Verwahrlosung befindet, da tritt, sei es in einer geeigneten Familie, sei es in einer Erziehungsanstalt, die Fürsorgeerziehung ein. Der Fürsorgeerziehung kann der Minderjährige bis zur Vollendung seines 18. Lebensjahres überwiesen werden.

Dieser große Aufgabenzweig, der von der Jugendwohlfahrtspflege zu bearbeiten ist, bedarf natürlicherweise der entsprechenden Behörden. Das Gesetz behandelt auch in der Tat den Aufbau der neuen Jugendwohlfahrtsbehörden. In diesen Behörden ist dem Gedanken der Selbstverwaltung und der freiwilligen Laienbeteiligung großer Spielraum eingeräumt; der Mitarbeit der breiten Volksschichten sind Tür und Tor geöffnet.

In den Gemeinden werden Jugendämter eingerichtet, die neben den leitenden Beamten Männer und Frauen aus allen Bevölkerungsschichten umfassen sollen. Die Personen, die hauptamtlich im Jugendamt beschäftigt werden, müssen in der Jugendwohlfahrtsarbeit sich bewährt haben. Neben den großen Aufgabengebieten, die bereits umrissen wurden, bemühen sich die Jugendämter noch im einzelnen, Einrichtungen und Veranstaltungen anzulegen, zu fördern und gegebenenfalls zu schaffen für:

1. Beratung in Angelegenheiten der Jugend.
2. Mutterschutz vor und nach der Geburt.
3. Wohlfahrt der Säuglinge.
4. Wohlfahrt der Kleinkinder.
5. Wohlfahrt der im schulpflichtigen Alter stehenden Jugend außerhalb des Unterrichts.
6. Wohlfahrt der schulentlassenen Jugend.

Von Bedeutung für die Zusammenfassung der Jugendämter ist die Bestimmung, daß die freien Vereinigungen der Jugendwohlfahrt Anspruch auf zwei Fünftel der Zahl der nichtbeamteten Mitglieder haben. Diese Bestimmung werden sich die kirchlichen Jugendpflegevereinigungen zunutze zu machen suchen; um deren Uebergewicht zu beseitigen, wird es nötig sein, daß auch von proletarischer Seite (von Parteien oder Gewerkschaften) Jugendwohlfahrtsvereinigungen ins Leben gerufen werden, wo sie noch nicht bestehen.

Über den Jugendämtern steht das Landesjugendamt. Das Landesjugendamt bezweckt eine Vereinheitlichung der Betätigung der einzelnen gemeindlichen Jugendämter. Die Aufstellung einheitlicher Grundsätze für die Arbeit der Landesjugendämter obliegt hinwiederum dem Reichsjugendamt, das beim Reichsministerium des Innern eingerichtet wird.

Mit diesem Gesetz wird für die Arbeiterschaft ein weites Feld sozialer Wohlfahrtsarbeit eröffnet. Für den Geist, in dem der Gesetzesvollzug erfolgt, ist es wesentlich, daß der Einfluß der sozialistisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft zu voller Geltung kommt. Arbeiter und Arbeiterinnen müssen überall zu ehrenamtlicher Tätigkeit in den Jugendämtern sich bereit erklären; wo ein Kollege oder eine Kollegin in bezug auf Kenntnisse und Erfahrungen geeignet erscheint, hauptamtlich in den Jugendämtern verwendet zu werden, da muß der Versuch gemacht werden, die hauptamtliche Anstellung durchzuführen.

So hat es die Arbeiterschaft in der Hand, die Ausführung dieses Gesetzes, das doch vor allem Arbeiterkinder betrifft, so zu gestalten, daß es den Minderjährigen zum Segen gereicht.

Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1921.

Die im Jahre 1921 geführten wirtschaftlichen Bewegungen übertrugen an Zahl und Umfang weit die des Vorjahres. Die treibenden Kräfte der Lohnbewegungen wirkten in höherem Maße fort.

Über die von den im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Zentralverbände im Jahre 1921 geführten wirtschaftlichen Bewegungen unterrichtet eine dem Korrespondenzblatt des ADGB, Nr. 49, beigegebene Statistische Beilage. Die Zusammenstellung umfaßt die Berichte von 38 Verbänden, die Beteiligungszahl ist die gleiche wie im Vorjahre. 11 Verbände, die rund 900 000 Mitglieder in sich vereinigten, sandten keinen Bericht ein. Meist handelt es sich um kleinere Organisationen, bei denen statistische Erhebungen mit besonderen Schwierigkeiten verbunden sind.

Die berichtenden Verbände führten zusammen 55 205 Bewegungen, die sich auf 68 264 Orte und 896 100 Betriebe mit 19 728 273 darin beschäftigten Personen erstreckten. In diesen Bewegungen waren 17 687 229 Personen, davon 4 203 977 weibliche, beteiligt.

Die überwiegende Mehrzahl der Bewegungen, und zwar 49 498 = 89,7 v. H. aller Bewegungen, an denen 16 446 157 Personen = 93 v. H. der Gesamtzahl beteiligt waren, wurden auf dem Wege der Verhandlungen friedlich erledigt. In 5707 Fällen mit 1 241 072 Beteiligten kam es zur Arbeitseinstellung. Von diesen Beteiligten stellten 1 159 191 Personen, darunter 221 496 weibliche, die Arbeit ein, während 81 881 Personen anlässlich dieser Bewegungen ihre Forderungen ohne Arbeitsniederlegung bewilligt erhielten. Zu den Bewegungen mit Arbeitseinstellungen zählten sowohl Streiks wie auch Aussperrungen. Von den gesamten Bewegungen wurden 54 234 mit 17 343 228 Beteiligten geführt zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und in 971 Fällen handelte es sich um die Abwehr von Verschlechterungen derselben; an diesen Abwehrbewegungen nahmen 344 001 Personen teil.

Den Angriffsbewegungen lagen in 53 709 Fällen Lohnforderungen der Arbeiter zugrunde, in 263 Fällen handelte es sich um Lohnforderungen in Verbindung mit einer verlangten Verkürzung der Arbeitszeit, in einem Falle um eine Verkürzung der Arbeitszeit allein und in 261 Fällen um sonstige Forderungen. Die Ursachen der Abwehrbewegungen waren in 34 Fällen eine Verlängerung der Arbeitszeit, in 414 Fällen eine Lohnkürzung, in 24 Fällen eine Verlängerung der Arbeitszeit und Lohnkürzung, in 155 Fällen Maßregelung und in 344 Fällen entstanden die Bewegungen aus anderen Ursachen.

Da die Aussperrungen ein Kampfmittel der Unternehmer bilden, ist die Kenntnis über die Zahl und den Umfang dieser Kämpfe not-

wendig. Die darüber gemachten Feststellungen ergaben, daß 579 Aussperrungen stattfanden; die Zahl der ausgesperrten Personen betrug 207 943, davon 55 291 weibliche. Die Aussperrungen wurden verhängt in 290 Fällen zur Abwehr von Forderungen der Arbeiter, in 124 Fällen aus Maßnahmen gegen Angriffsstreiks, in 130 Fällen zur Durchführung von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen, in sieben Fällen als Maßnahmen gegen Abwehrstreiks und in 28 Fällen aus sonstigen Ursachen.

Von den gesamten Bewegungen wurden 54 699 durch Vergleichsverhandlungen beendet. Die Verhandlungen wurden geführt in 2686 Fällen direkt zwischen den Parteien, in 39 823 Fällen zwischen den Unternehmern, ihren Vertretern und Vertretern der Arbeiter und in 12 190 Fällen unter Teilnahme anderer Personen (Schlichtungsausschüssen und Einigungsämtern). Ein Tarifvertrag wurde abgeschlossen in 5305 Fällen für 1 559 354 Personen, ein bestehender Tarifvertrag verlängert oder erneuert in 5015 Fällen für 2 394 511 Personen und ein Nachtrag zu einem bestehenden Tarifvertrag in 8305 Fällen für 4 681 219 Personen abgeschlossen.

Die Durchführung aller Bewegungen verursachte eine Ausgabe von 245 410 417 Mk., davon kommen auf die Bewegungen ohne Arbeitseinstellung 12 235 126 Mk. und auf die Streiks und Aussperrungen 233 175 291 Mk.

Durch die gesamten Bewegungen hatten 17 293 068 = 97,8 v. H. aller Beteiligten einen Erfolg. Es erreichten 23 731 Personen eine Arbeitseinstellung, von zusammen 180 187 Stunden und 14 537 113 Personen eine Lohnhöhung von zusammen 1 095 510 837 Mark pro Woche; sonstige Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielten 5 054 689 Personen.

Außer den erreichten Erfolgen wehrten an Verschlechterungen ab 24 011 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von zusammen 133 774 Stunden und 142 105 Personen eine Lohnkürzung von zusammen 3 229 785 Mk. die Woche. Für 1987 Personen wurde Maßregelung und für 73 330 Personen eine sonstige Verschlechterung der Arbeitsbedingungen abgewehrt. Trotz Abwehr traten an Verschlechterungen ein für 7502 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von zusammen 12 061 Stunden und für 57 959 Personen eine Lohnkürzung von zusammen 3 617 910 Mk. die Woche. Von der Summe an Lohnkürzung kommen für 55 075 Personen zusammen 3 558 028 Mark auf Bewegungen des Metallarbeiterverbandes im Saargebiet. Die große Summe erklärt sich aus dem Umstande, daß die Lohnkürzungen in Franken erfolgten und diese nach dem damaligen Währungsstande in Mark umgerechnet wurden.

Da nicht alle Verbände an der Statistik beteiligt sind, so ist die Gesamtsumme an Lohnhöherungen, die für die im ADGB vereinigten Mitglieder erreicht wurde, noch wesentlich höher als die Zusammenstellung ausweist. Rechnerisch ergibt sich auf Grund des vorliegenden Zahlenmaterials, daß im Jahre 1921 auf jede beteiligte Person eine durchschnittliche Lohnhöhung von 75,45 Mk. die Woche gegen 53,55 Mk. im Vorjahre entfällt. So beachtlich die eingetretene Steigerung von 21,90 Mk. auch ist, die durch die Geldentwertung erfolgte Preissteigerung der Lebenshaltungskosten konnte damit nicht ausgeglichen werden. Die Hebung der Lebenslage der Arbeiterklasse auf den Stand der Vorkriegszeit ist die nächste schwere Aufgabe, welche die Gewerkschaften zu erfüllen haben. Ihre Lösung erfordert die vollste Geschlossenheit der Arbeiter und die planmäßige Anwendung ihrer wirtschaftlichen Machtmittel im beharrlichen Kampfe.

Frauentagung im Gau Rheinland und Westfalen.

Am 6. und 7. Januar fand in Elberfeld eine Frauentagung statt, die für die rheinländische Arbeiterinnenbewegung innerhalb unseres Verbandes von grundlegender Bedeutung ist. Auf der Tagesordnung standen folgende Verhandlungspunkte:

1. Stellungnahme der Frau im Wirtschaftsleben und im Staat. Referent Kollege Hermann Jädel, Berlin.
2. Die besondere Stellung der Frau in der Textilindustrie und die Bedeutung der Textilindustrie im Wirtschaftsleben und Staat. Referent Kollegin Martha Hoppe, Berlin.
3. Jugend und Gewerkschaft, unter besonderer Berücksichtigung der weiblichen Textilarbeiterjugend. Referent Kollege Ernst Kietisch, Berlin.

Nach Wahl des Bureaus, in welches ausschließlich Arbeiterinnen gewählt wurden, erhielt Kollege Jädel das Wort zu Punkt 1 der Tagesordnung. Seine für alle Anwesenden außerordentlich inhaltsvollen Ausführungen bewegten sich etwa in folgendem Rahmen:

Es sei Aufgabe der Organisation, dem Beschluß der Generalversammlung nachzukommen, die Frauen und die Jugend im Geist der Gewerkschaften zu einer vollwertigen Generation heranzuziehen. — Deswegen müsse die Frauenbewegung auf neue Grundlagen gestellt werden, damit sie erkennen lerne, welche Aufgaben im neuen Staat und im Verband ihrer harrten.

In ausführlichen Darlegungen zeigte Jädel die Stellung der Frau in den einzelnen Kulturphasen, indem er den Kolleginnen die Entwicklung von der Urzeit bis zur entscheidenden Umgestaltung der Wirtschaft, wie z. B. 1780 Einführung der Jenny (Spinnmaschine) in England, vor Augen führte. Damit begann für die Frau die Erkenntnis der Gleichbewertung mit dem Mann im Arbeitsprozeß. Eine Organisation von 700 000 Mitgliedern, wovon zwei Drittel weibliche seien, müsse wie ein Karrenhaus zusammenbrechen, wenn in Zukunft die Frauen dem Verband und der Verwaltung indifferent gegenüberständen. Die Frau müsse nicht nur den eigenen Raum, wo sie an die Arbeit gebunden ist, kennen, sondern auch die Elemente des Staates, dessen Einrichtungen und Verwaltungen kennenlernen, da sie daran teilnehmen soll; sie dürfe sich nicht vom Manne verdrängen lassen.

Der Zweck der Konferenz sei nicht, unter den Massen zu werben, sondern ihnen die Erkenntnis zu ermöglichen, daß die Notwendigkeit der Betätigung in der Organisation eine Lebensnotwendigkeit ist. Wir wollen denkende, teilnehmende Wesen, die die Grundlage für eine künftige fruchtbringende Tätigkeit sein können, für uns und die Organisation. Die Gewerkschaften und dadurch der Staat erhalten erst Festigung und Wert, wenn wir den Menschen zum Menschen erziehen.

Die mit reichem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Kollegen Jädel brachten nachfolgende Resolution zum Vorschlag und zur Annahme:

„Die Konferenz der weiblichen Verbandsfunktionäre des rheinisch-westfälischen Bezirks erwartet vom Vorstand systematische Arbeit zum Zwecke der Heranbildung der weiblichen Verbandsfunktionäre und Verbandsmitglieder zu Staatsbürgerinnen, welche befähigt sind, in praktischer Verwaltungsarbeit des Verbandes und des Staates sich dienstbar zu machen. Zu diesem Zwecke fordert die Konferenz möglichst starke Heranziehung der weiblichen Verbandsmitglieder zur Verbandsverwirklichung und intensivste Aufklärungsarbeit unter den Massen der Arbeiterinnen, mit Berücksichtigung der besonderen Frauenpsychologie und der besonderen Erfordernisse, welche sich aus dem Studium der Frauenfrage ergeben.“

Die Konferenz hält die Schaffung eines organisatorischen Unterbaues als Hilfsmittel der Durchführung der Forderungen für notwendig und empfiehlt die Wahl eines neungliedrigen Arbeitsausschusses, ausschließlich aus weiblichen Verbandsmitgliedern bestehend.

Der Arbeitsausschuß soll sich zusammensetzen aus drei Kolleginnen der linksrheinischen Filialen, 4 Kolleginnen der rechtsrheinischen und 2 Kolleginnen der münsterländischen Filialen. Er soll in kurzen Zeitabständen — mindestens sechsmal im Jahre — zu gemeinsamen Sitzungen mit dem Gauvorstand zusammentreten. In geeigneter Weise hat der Arbeitsausschuß ständige Verbindung mit den weiblichen Verbandsfunktionären jeder einzelnen Filiale herzustellen und zu unterhalten. Die Gauverwaltung hat eine besondere Abteilung für Frauenfragen einzurichten.“

Zum zweiten Punkt referierte die Kollegin Hoppe: Mit der kapitalistischen Entwicklung wachse auch die Zahl der Arbeiterinnen. Aller Voraussicht nach werde die Textilindustrie in Zukunft noch mehr die Industrie der Arbeiterinnen sein als bisher. Die Entwicklung der Textilindustrie beruht auf den geschickten Händen der Textilarbeiterinnen. Dieser besonderen Stellung der Arbeiterinnen in der Textilindustrie müsse auch die Organisation besonders Rechnung tragen; die Arbeiterinnen müßten eine besondere Behandlung in der Organisation erfahren und so zu geschulten organisierten Gewerkschaftlerinnen erzogen werden, so daß sie zu selbständiger Tätigkeit im öffentlichen Leben befähigt würden.

Die inhaltsreichen Ausführungen der Kollegin Hoppe fanden, wie die des Kollegen Jädel, in der Diskussion, an der sich zahlreiche Kolleginnen beteiligten, eingehende Würdigung. Es wurden in ihr auch die Treiberinnen der syndikalistischen und kommunistischen Strömungen mit besprochen und fanden in der nachfolgenden Resolution ihre Würdigung:

„In Erwägung, daß in den rheinisch-westfälischen Textilkreisen in letzter Zeit immer intensiver versucht wird, die Frauen und Mädchen ihrer in jähem Kampfe mit dem Kapitalismus groß und stark gewordenen Berufsorganisation, dem Deutschen Textilarbeiterverband, zu entfremden und es für andere, dem gewerkschaftlichen Kampfe feindliche Zwecke einzufangen, fordert die aus allen Teilen Rheinland-Westfalens besuchte Arbeiterinnenkonferenz ihre in der Textilindustrie beschäftigten Geschlechtsgenossinnen auf, mit größerer Energie als bisher dem verantwortungslosen und arbeiterschädigenden Treiben gewissenloser Elemente entgegenzutreten.“

Die Konferenz erkennt, daß sowohl die in syndikalistisch-unionistischem oder kommunistischem Gewand wie unter der Firma „Arbeiterverein“ sich breitmachenden, von den Unternehmern protegierten gelben Organisationen letzten Endes der wirtschaftlichen und politischen Reaktion in die Hände arbeiten.

Indem die Konferenz sowohl die „wirtschaftliche“ Unterwerfung der Arbeiter unter die Unternehmerpolitik, welche die gelben Arbeitervereine fördern, wie die finanzielle Generalfreigabe und sonstige Handreich- und Putschpolitik, wie sie Unionisten, Syndikalisten und Kommunisten predigen, ablehnt, erklärt sie unausgesetztes, systematisch durchgeführtes und organisiertes Vordringen in alle Positionen des demokratischen Staates und der Wirtschaft unter Anwendung aller gewerkschaftlichen und sonstigen, vom demokratischen Staat gegebenen Kampfmittel für eine der wichtigsten Aufgaben des Deutschen Textilarbeiterverbandes, entsprechend seiner bisherigen Forderungen: Demokratisierung des Staates und der Wirtschaft. Die Konferenz ruft des Weiteren alle Textilarbeiter und -arbeiterinnen auf, der religiösen Zersplitterung der gewerkschaftlichen Textilarbeiterbewegung, wie sie in dem Bestehen des ca. 150 000 Mitglieder zählenden christlichen Textilarbeiterverbandes zum Schaden der Arbeiterschaft vorhanden ist, dadurch ein Ende zu machen, indem sie sich einmütig zu dem 750 000 Mitglieder zählenden Deutschen Textilarbeiterverband scharen.“

Zu Punkt 3 der Tagesordnung, Jugendfrage, referierte der Kollege Ernst Kietisch. In längeren Ausführungen gab der Referent ein Bild von unserer Jugendbewegung, wie sie sein soll und wie sie nicht sein soll. Jede Gesellschaftsklasse, jede größere Kulturbewegung habe versucht, die Jugend für sich zu gewinnen. Alles, was der Jugend frühzeitig eingemöpft wird, kann für das spätere Leben nur von Vorteil sein. Wenn die deutsche Gewerkschaftsbewegung vorwärts getrieben werden solle, müsse sie die Jugend gewinnen. Die Gewerkschaften hätten die Pflicht, durch allgemeine Bildung, Naturanschauung, Literatur usw. die Jugend zu bilden. Die Jugend dürfe aber nicht durch Schlagworte hypnotisiert werden usw.

Folgende Resolution zur Jugendfrage wurde angenommen: Die Konferenz der weiblichen Verbandsfunktionäre des rheinisch-westfälischen Bezirks erkennt die ganze Wichtigkeit und Bedeutung der Jugendfrage für das Gedeihen des Textilarbeiterverbandes. Sie erwartet von allen männlichen und weiblichen Funktionären, daß sie mit Verständnis und Energie an die Lösung der Jugendfrage im Sinne der Richtlinien für die Jugendabteilung, die der Hauptvorstand herausgegeben hat, herangehen und möglichst in allen rheinisch-westfälischen Verbandsfilialen die Gründung von Jugendgruppen vorbereiten und durchführen.

Die Organisationsverhältnisse der Arbeiterinnen in den Kleiderfärbereien und Waschanstalten im rheinisch-westfälischen Kohlengebiet.

Von Phil Thiermann, Essen (Ruhr).

Mitte der siebziger Jahre entstanden auch im Kohlengebiet Kleiderfärbereien und Waschanstalten. Die Arbeitsverhältnisse der in diesen Betrieben Beschäftigten waren von Anfang nicht die besten. Die Betriebe standen nicht auf der Höhe wie die im übrigen Deutschland, ihre Einrichtung war mangelhaft: Sicherstellvorrichtungen in der Benzindwäscherei, sanitäre Einrichtungen waren in vielen Betrieben bis vor 10 bis 12 Jahren gänzlich unbekannt. Die Arbeitsmethoden waren nicht sachgemäß. Daraus erklärt sich auch der bis auf den heutigen Tag wahrnehmbare beständige starke Wechsel der Kollegen. Die in den meisten Betrieben angewandten Arbeitsmethoden wurden vor einigen Jahren in der „Färbereizung“ geschildert, besonders das Reinigungsverfahren einer Eisener-Firma.

Die Unternehmer haben sich daran nicht gekört; sie sind dabei reich geworden, wozu auch die Arbeiterschaft ihren Teil beigetragen hat. Sie entlohnen die Töchter der Arbeiter möglichst niedrig und entlassen sie, wenn sie sich einer Organisation anschließen. Weiter haben die Eisen- und Zeichenherren jahrzehntelang aus allen rückständigen Erdenswindeln durch ihre Agenten Arbeitstrübe herbeizulassen lassen. Diese Menschen, die keine Arbeiterorganisation kannten, auch nichts von ihr wissen wollten, brauchten Jahre, ehe sie sich an höhere Lebensbedürfnisse gewöhnten. Und wenn das eingetreten war und wenn sie schließlich für die Organisation gewonnen waren, dann hatten die Unternehmeragenten einen neuen Schuß gebracht, und die Agitation mußte von neuem beginnen. Sie wurde auch erschwert durch die religiös-konfessionelle Arbeiterverhehlung.

Wenn man das alles in Betracht zieht, dann wird man es begreiflich finden, daß es unendlich schwer hält, die Töchter dieser Arbeiter für die Organisation zu gewinnen.

In den Jahren 1911 und 1912 versuchten es der Fabrikarbeiterverband und der Schneiderverband, die Arbeiterinnen zu organisieren, hatten aber keinen Erfolg. 1913 wurde vom Textilarbeiterverband der Versuch unternommen; nach wochenlanger Agitation fanden sich 7 Bürgerinnen zu der Versammlung ein. Sie erkannten die Notwendigkeit der Organisation an, erklärten aber: „Sobald wir uns ihr anschließen, werden wir entlassen.“ Der Ausbruch des Weltkriegs unterbrach die Agitation. Als aber im Herbst 1918 der alte Staat zusammenbrach, wurden auch diese Arbeiterinnen mit fortgerissen. Die Unternehmer verhielten sich ablehnend; manchen sank das Herz in die Hosen, wenn ein paar Feldgrauen mit der „Knarre“ im Betrieb erschienen.

Hier in Essen war es der Fabrikarbeiterverband, der im Januar 1919 400 Arbeiterinnen aufnahm; im Februar 1920 konnte ich feststellen, daß kaum noch 30 dem Verband angehörten. Unsere Verbandsfiliale, die am 1. September 1919 gegründet worden war, zählte damals 180 Mitglieder.

In Gelsenkirchen war es der Transportarbeiterverband, der einige agitatorische Erfolge erzielte. Einige Monate bestand dort eine Filiale desselben. Sie brach aber zusammen, weil es nicht möglich war, die Vorstandsposten wieder zu besetzen.

In Bochum faßte der Schneiderverband Fuß. Pfingsten 1919 und im Jahre 1920 trat da die Arbeiterchaft in den Streik. Der Streikleiter war seiner Aufgabe nicht gewachsen, und beide Male ging der Streik verloren. 1920 wurden von 7 Arbeitern, die unsern Verband angehörten, 5 gemeldet. Ein Barmer Strangfärber, der während des Krieges dort Arbeit fand und nach seinem „Wohlvhalten“ während des Streiks nicht gemeldet wurde — er wurde ja auch vom Unternehmer als Werkzeug mißbraucht — wurde zum Betriebsleiter ernannt. Jetzt zeigte er sein „Wohlvhalten“, indem er die Arbeiterinnen angibt, die sich der Organisation anschließen. Seinen Namen können seine früheren Kollegen auf dem Gaubureau erfahren.

Wenn bisher nichts erreicht wurde, so liegt das hauptsächlich an dem Durcheinander der Organisationen, an den gemachten Fehlern und den Unterlassungsfünden der betreffenden Organisationsstellen wie auch an dem Terror und den Schikanen der Unternehmer, die einheitlich organisiert sind, in allen Städten einheitliche Färberei- und Waschanstalten haben. Die Arbeiter selbst trifft vielleicht weniger Schuld.

Die Arbeitnehmerorganisation stellte in Form eingereicherter Tarife verschiedene Lohnforderungen auf.

Die in Essen in den Kleiderfärbereien und Waschanstalten, in Werden und Kettwig in den Textilbetrieben beschäftigten Arbeiterinnen kommen in der großen Mehrzahl aus den umliegenden Ortschaften von Essen. Sie fahren zum Teil schon morgens vor 6 Uhr von Hause fort und kommen abends, je nach Dauer der Arbeitszeit, um 7 bis 8 Uhr zurück. In Essen besteht die durchgehende Arbeitszeit, in Werden und Kettwig nicht; dort hat man 1 bis 1 1/2 Stunden Mittagspause. Wenn auch dort die durchgehende Arbeitszeit eingeführt würde, kämen die Arbeiterinnen eine Stunde früher nach Hause. Es wäre dann auch möglich, die Arbeiterinnen in die Mitgliedervereinigungen zu bekommen, was bei der jetzigen Arbeitszeit nicht möglich ist. Aufklärung und Schulung haben sie ebenso nötig wie in den Essener Betrieben.

Ein weiterer Uebelstand in den Kleiderfärbereien und Waschanstalten sind die Ueberstunden, die wöchentlich gemacht werden. Die Essener Firma P. W. Stein (Zmh. H. Himmelreich), die zweimal wegen Ueberstretens der 48stündigen Arbeitszeit angezeigt und bestraft wurde, ließ trotzdem weiter länger arbeiten. Ein Ruhrorter Unternehmer erklärte mir: „Wir arbeiten so lange bis wir fertig sind, gleichviel ob das 8 oder 10 Stunden sind.“ Da wir in Essen keine Mittel haben, dies in den umliegenden Orten zu verhindern, so ist von uns ein diesbezüglicher Antrag an die Gauleitung ergangen. — Auch in der Saison darf keine Bewilligung von Ueberzeit- und Sonntagsarbeit von den Behörden erteilt werden.

Nach meiner Schätzung sind im Kohlengebiete 1200 bis 1500 Arbeiterinnen in den Färbereien und Waschanstalten beschäftigt; vor dem Kriege waren es einige Hundert mehr.

Nach den verschiedenen Mißfolgen wird es schwer halten, diese Arbeiterinnen wieder für den Verband zu gewinnen und ihnen wieder Vertrauen zur Organisation einzufößen. Vor allem fürchten sie Entlassung. Das rheinisch-westfälische Unternehmertum ist bekanntlich das rückständigste in der Niederhaltung der Arbeiterbewegung, auch in unserer Branche. Wir haben in ihr ein Unternehmer-Trio, das seinen Sitz in Bochum, Essen und Mülheim hat. Es sind ehemalige Strohstricker. Der eine heiratete in ein altes Geschäft ein. Ein anderer trat als Sojus in ein Geschäft ein und beteiligte sich mit dem bescheidenen Vermögen seiner Frau am Geschäft. Der dritte kaufte mit dem Vermögen seiner Frau das Geschäft seines Onkels. Diese Herren gehören selbstverständlich dem Verbands der Färbereien und chemischen Waschanstalten an, dulden aber nicht, daß sich ihre Arbeiter und Angestellten organisieren; um dies zu verhindern, ist ihnen jedes Mittel recht.

Es muß nun Aufgabe unserer Gauleitung sein, eine einheitliche, planvolle Organisation für unsern Verband in den Städten Duisburg, Mülheim, Oberhausen, Essen, Gelsenkirchen und Bochum einzuleiten.

Ermittelt sei an die erste Tarifverhandlung 1919 in Barmen, wo von den Arbeitgebern verlangt wurde, daß in Zukunft nur mit einer Organisation und mit Fachleuten verhandelt zu werden braucht. In seiner Antwort vom 26. November 1920 verlangt der Arbeitsminister ähnliches. Bisher ist unterstellt unsere Gauleitung dieses Verlangens nach Möglichkeit.

Dem Deutschen Transportarbeiterverband gelang es hier in Essen, sämtliche Zeitungsboten im Stadt- und Landkreis einheitlich zu organisieren. Hoffentlich gelingt es auch unserer Gauleitung, die Arbeiterinnen in den Färbereien und Waschanstalten einheitlich zu organisieren.

In den genannten Orten sind Arbeiterinnen vorhanden, die den Wert und die Notwendigkeit der Organisation erkannt haben. Hier muß angeknüpft und weitergebaut werden.

Unser Verbandsvorstand hofft, daß aus den Arbeiterinnen-Kommissionen Agitatoren und Funktionärinnen entstehen, die aus eigener Erfahrung und persönlichem Erlebnis wissen, was den Frauen frommt. Möchte diese Hoffnung sich erfüllen! Der Gaukonferenz in Barmen am 24. und 25. Juli 1921 lag ein Antrag Kettwig vor, bei dem Gau Barmen eine Kollegin anzustellen, die befähigt sei, agitatorisch zu wirken. Der Antrag wurde abgelehnt, weil man sich von seiner Annahme wenig versprach. Bekanntlich ist das Kohlengebiet „schwarz“. Weniger bekannt wird es aber sein, daß es auf der linken Rheinseite „Regerdörfer“ gibt; Kollege Vater, M.-Glabach, erwähnte solche in seinem Bericht und erklärte, die Agitation für unsern Verband sei in diesen „Regerdörfern“ sehr schwer.

Ich habe die Ueberzeugung, daß, wenn in diesen Regerdörfern eine Kollegin mit den nötigen Fähigkeiten längere Zeit auf die „schwarzen“ Mißschwefelern einwirkt, sich dann diese „Regerdörfer“ in „Indianerdörfer“ verwandeln.

Ich hoffe, die Kolleginnen im Gau Barmen sorgen dafür, daß ein darauf abzielender Antrag auf der nächsten Gaukonferenz wieder eingebracht und daß sie als Delegierte so zahlreich erscheinen, daß dieser Antrag angenommen wird.

Ein Stimmungs- und Schaubild vom Friedenskongress im Haag

entwarf Stephan Balot im „Deuvre“. Er sagte:
Der Internationale Gewerkschaftsbund (Amsterdam) hat geplant und organisiert einen Weltkongress für den Frieden. Der Gedanke daran ist bestimmt, der Plan sehr unbegrenzt; es handelt sich darum, allen Arbeiterorganisationen der Welt zu erlauben, sich in Uebereinstimmung zu bringen über die Mittel, über die die Arbeiter verfügen könnten, um den Frieden aufrechtzuerhalten, wenn er bedroht wäre, und den Gebrauch, den man von diesen Mitteln machen müßte. Da aber die Arbeiter nicht die einzigen sind, welche den Frieden wollen, und in allen Ländern demokratische Gruppen oder Parteien bestehen, deren einziges oder hauptsächlichstes Ziel ist der Kampf gegen den kriegerischen Geist, so wurden diese Gruppen und diese Parteien eingeladen und entsprochen dieser Einladung auch.
Bei Beginn der ersten Sitzung entdeckte Timmen, Sekretär der Internationale, ein wenig versteckt hinter den grünen Pflanzen, die die Tribüne flankierten, Radel und Losowski, Delegierte der Sowjets und der 3. Internationale.
Die Kongreßteilnehmer bereiteten den beiden Russen einen höflichen, aber von Begeisterung freien Empfang.
Was wollten diese beiden Männer dort? Losowski, notorischer gewerkschaftlicher Kämpfer, hatte vor dem Kriege, unter dem Namen Drizzo, lange in Frankreich gewohnt, wo er in Intimität mit den Arbeiterführern unserer CGT. lebte, besonders mit Werheim. Aber einer der heftigsten Champions des kommunistischen Syndikalismus geworden, brante er seit zwei Jahren darauf, gegen die „Sozialverräter“ und die „Sozialpatrioten“ Frankreichs und Englands Injurien und Anklagen zu erheben. Er ist es, der auf dem neulichen Kongress in Saint-Etienne der reformistischen CGT. den Prozeß

machte, wie er es 1920 durch den famosen Brief tat, der, auf dem Kongress in Tours verlesen, einer der ersten Schläge gegen die französische gewerkschaftliche Einheit war.

Was Radel betrifft, so war seine Anwesenheit um so weniger erwartet, da er rein gar nichts von einem Gewerkschafter an sich hat. Fremdartige Physiognomie übrigens, die, Radel, der Seele der bolschewistischen Propaganda in Deutschland. Der Korrespondent des „Peuple“ in Brüssel gibt von ihm ein sehr bemerkenswertes materielles Bild. „Radel“, sagt er, „ist auf ganz ungewöhnliche Art ausgestattet. Er trägt eine weiße gelbe Mütze, deren langer Schirm seinen Schatten auf ein Gesicht wirft, von dem man nicht sagen kann, ob es jugendlich oder altlich ausseht. Spitzes Kinn, dunkle Augen, sehr beweglich hinter der großen Brille. Sein Aeußeres ist das des vagierenden Bohemen letzter Gattung. Ich erinnere mich Tschitscherins, in Frack und weißer Krawatte im Salon der Präfektur von Genoa, und ich sage mir, daß die bolschewistische russische Partei gewiß nicht die Einheitsfront hergestellt hat im Punkte der Barberie.“

Sobald sie eingetreten sind, sind die Russen wie zu Hause. Sie nehmen das Wort, beklagen sich, klagen an. Man hat sie nicht eingeladen, obwohl man die bürgerlichen Gruppen gebeten hat, an der Veranstaltung teilzunehmen. Man stößt die Einheitsfront der Arbeiter zurück und schließt mit den Demokraten ein Bündnis.

„Bitte sehr“, sagte Dumoulin, „es handelt sich hier um eine Arbeit ganz eigener Art, um ein Uebererkenntnis, welches die Erhaltung des Friedens zum Ziel hat. Für eine solche ganz bestimmte Aktion gelten Bürgerliche, welche pazifistisch sind, mehr als kriegerisch gesinnte Revolutionäre. Die Arbeiterklasse wahr! deswegen nicht weniger ihre Handlungsfreiheit. Und sie wird den Frieden mit allen verteidigen, die ihn lieben. Seid Ihr Pazifisten?“

„Man muß“, sagt Radel, „der Gewalt der Waffen die Gewalt der Waffen gegenüberstellen. Es ist eine Rarheit, sich gegen den Militarismus zu erklären. Die völlige soziale Revolution wird die einzige ernsthafte Methode sein, um zum Frieden zu kommen.“

Was wollen auf einem Friedenskongress Männer, welche so denken? Eine einzige Antwort ist möglich. Die Russen sind im Prinzip jeder Organisation der Arbeiterkräfte feindlich, die sich nicht willig ihrer Diktatur beugt. Sie haben die sozialistischen Parteien wie die Gewerkschaftsorganisationen zer schlagen, sie kommen, um auch dieses demokratische und Arbeiterparlament des Friedens zu brechen. Gegen diese beratend aufbauende Aktion ankämpfend, brauchen sie sich nicht zu wundern, daß die, welche von ihnen bedroht werden, sich anstrengen, diese Aktion zu schützen. Das Ueberwachende ist nicht, daß man vergessen hat, die Regierung der Sowjets und die Dritte Internationale offiziell aufzurufen, nein, daß die Organisation des Haager Kongresses die Einladung nach Wostok an die russischen Gewerkschaften gefandt haben, auf Grund deren Radel und Losowski sich hier einstellen konnten. So sehr die Anwesenheit russischer Delegierter wünschbar ist in wirtschaftlichen und politischen Konferenzen, wo die Delegierten der Regierungen nicht an dem Wiederaufbau Europas arbeiten können, indem sie von Rußland keine Notiz nehmen, ebenso unnütz ist ihre Anwesenheit in einer demokratischen und pazifistischen Versammlung, weil die Sowjets sich schmeicheln, weder das eine noch das andere zu sein. —

„Nichts gemeinames“, sagt Balot, „zwischen den Worten des Hasses und der Gewalt, welche Radel gesprochen hat, und jenen noblen Worten des Professors Coventini, Direktors des internationalen Instituts für Soziologie in Turin, welcher den „inneren Frieden“ fordert und „den Kampf der Klassen wie den Kampf der Völker“ verurteilt: „Wenn bei den Völkern dieser Kampf erstickt, so breitet er sich notwendigerweise zu einem internationalen Kampf aus. Der russische Bolschewismus lehrt uns die Begründetheit dieser These. Die Anwendung von Gewalt rächt sich stets.“

Aus den Gewerkschaften.

Die Kündigung des Abkommens über den Achtstundentag in Dänemark.

(A. G. B.) In Dänemark wurde für die gesamte Industrie der Achtstundentag durch ein am 15. Mai 1919 getroffenes Abkommen zwischen dem Dänischen Gewerkschaftsbund und dem Dänischen Arbeitgeberverband eingeführt.

Dieses Abkommen ist jetzt vom Arbeitgeberverband zum 1. April 1922 gekündigt worden mit der Begründung, daß das Abkommen seinerzeit zwischen den beiderseitigen Hauptorganisationen abgeschlossen wurde. Da jedoch die letzte Generalversammlung des Gewerkschaftsbundes beschlossen hat, daß dieser nicht berechtigt ist, für die angeschlossenen Verbände oder gegen deren Willen Verträge über Lohnfragen abzuschließen, wohl aber Abmachungen über Fragen von allgemeinem Interesse aller Verbände wie z. B. über die Arbeitszeit treffen kann, ist der Arbeitgeberverband der Ansicht, daß, wenn doch mit jedem Verband einzeln über Lohnfragen zu verhandeln sei, auch gleichzeitig hiermit Abmachungen über die Arbeitszeit getroffen werden können.

Für das Jahr 1923 wird die Kündigung jedoch keine praktische Bedeutung erhalten, da die Verträge fast aller angeschlossenen Verbände bis zum Frühjahr 1924 laufen.

Schon bei den umfangreichen Lohnbewegungen im Frühjahr 1922, bei denen es zu großen und langandauernden Lohnkämpfen kam, versuchten die Arbeitgeber Besehe in das Abkommen zu schlagen, indem sie für gewisse Arbeiterkategorien, u. a. für die Bauarbeiter, eine längere Arbeitszeit während der Sommermonate forderten. Dies durchzuführen glückte ihnen aber nicht. Bisher hoffen sie nun, daß, wenn mit jedem Verband einzeln verhandelt werden soll, es leichter sein wird, Verschlechterungen des Achtstundentages durchzuführen. Der Arbeitgeberverband wird aber damit rechnen müssen, daß in dieser Frage die gesamten Gewerkschaften Dänemarks einig stehen und jeder Verschlechterung des Achtstundentages ihre Zustimmung verjagen werden.

Aus der Textilindustrie.

Aufgaben der Textilforschung. Generaldirektor Dr. Osterfeher hat bei Eröffnung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Farbstoff-Chemie eine Ansprache gehalten, die sich mit der Textilindustrie und Textilforschung beschäftigt. Diese wird in Nr. 5 der „Zeitschrift für angewandte Chemie“ veröffentlicht. Wir heben daraus folgende Sätze hervor: Was uns not tut, ist neben verbäckerter Gewinnung von inländischen Spinnstoffen, die durch die verfügbare Bodenfläche begrenzt ist, in erster Linie Sparbarkeit, bei der Verarbeitung der ausländischen Rohstoffe und Intensivierung der Qualitätsverbesserung unserer Fabrikate, Abwehr jeglicher Einfuhr von Halb- und Fertigfabrikaten aus dem Ausland, ferner weitestgehende Dekonomie in der Verwendung der Hilfsstoffe sowie in der Abfallwirtschaft.

Aus der Lyoner Textilindustrie. Das Syndikat der Füllarbeiter von Lyon hat eine Aktion zwecks Lohnerhöhung vorgenommen, die nennenswerte Resultate erzielte. Schon im Jahre 1921 haben unsere Lyoner Kameraden versucht, eine Lohnerhöhung durchzusetzen, was aber an dem Widerstand der Unternehmer, denen die Krise zu Hilfe kam, scheiterte. Da, es gelang sogar den Unternehmern, gewisse Verschlechterungen herbeizuführen. Die Weber und Weberinnen von Lyon, die eine gut ausgebaut Organisation besitzen, haben nun die damals erlittene Scharte wieder ausgeweht. Sie haben nebst einer Lohnerhöhung von 25 Cts. pro Stunde zugleich auch wieder die Einhaltung des Achtstundentages seitens der Fabrikanten erzwingen. Es ist dies ein Beweis, daß die Arbeiterschaft, wo sie stramm organisiert ist, die gegenwärtige, einigermaßen günstige Geschäftsperiode ausnützen und ihre Lage verbessern kann.

Die Gruschnitz-Textilwerke A.-G., die in Neusalz, Lauban, Grünberg und Wemmening große Fabrikanlagen (Spinnerei, Nähfabrikation, Hanfspinnerei und Seilerwarenfabrik) besitzt, hat mit mehreren tschechischen Gesellschaften Lieferungsverträge in großem Maßstabe abgeschlossen; dergleichen stehen Verhandlungen mit nam-

haften amerikanischen Firmen nahe vor dem Abschluß. Die Gesellschaft erweitert durch diese Verträge ihre monopolartige Stellung am Weltmarkt, da die Produktionsziffern der vier Werke, zu denen noch einige Flachsrüstereien kommen, die aller anderen Firmen der Zwirn- und Seilerwareindustrie bei weitem übertreffen. Besonders von tschechischer Seite sind eine größere Zahl von Aktien des Unternehmens, teils von privater Seite aufgekauft worden. Angesichts der beherrschenden Stellung der Gruschnitz-Aktiengesellschaft ist das Auslandsinteresse besonders groß. Der monatliche Umsatz beläuft sich auf Milliarden Papiermark.

Der Baumwollverbrauch in den Vereinigten Staaten. Der Monatsbericht des Zensusbureaus beziffert für November den heimischen Verbrauch an Baumwolle auf 578 000 Ballen gegen 534 000 im Vormonat und 527 000 im November des Vorjahres. Die Vorräte in Händen der Verarbeiter belaufen sich auf 1 721 000 Ballen (1 380 000 bzw. 1 648 000), in den auswärtigen Lägern auf 4 198 000 Ballen (4 330 000 bzw. 5 271 000). Die Zahl der arbeitenden Spindeln betrug im November 34 665 000 (33 859 000 bzw. 34 387 000). An Linters wurden 55 000 Ballen (62 000 bzw. 53 000) verbraucht, während der Vorrat bei den Spinnern sich auf 96 000 (82 000 bzw. 153 000), der in auswärtigen Lägern auf 22 000 (47 000 bzw. 177 000) Ballen belief. Die Baumwoll-Ausfuhr im November umfaßt 841 000 (799 000 bzw. 648 000) Ballen. („Frankfurter Ztg.“)

Preiserhöhungen und Konditionsänderungen in der Textilindustrie. Der Verband Sächsisch-Thüringischer Webereien hat für die mit unbegrenztem Preisvorbehalt aufgenommenen Aufträge erneute Preisaufschläge festgesetzt; diese stufen sich bei Verkäufen in reiner Papiermarkwährung für Gera-Greizer Artikel je nach Preislage und Dauer des Auftrages bis auf 780 Proz., bei roh- und buntgewebten Streichgarnartikeln bis 670 Proz., bei halbfleiden und fleidenen Artikeln bis 570 Proz., bei Verkäufen in gebrochener Währung getragen die nur auf den Papiermarkanteil zu berechnenden Aufschläge bis 770 Proz. bzw. bis 800 Proz. — Der Verband Lausitzer und Schlesischer Orleanswebereien hat bei Abschüssen in reiner Papiermarkwährung je nach Dauer des Auftrages und nach Preislage verschieden gestaffelte Aufschläge bis 430 Proz., bei Abschüssen in gebrochener Währung bis 826 Proz. festgesetzt. — Der Verband Deutscher Mützenfabrikanten hat die am 27. November v. J. festgesetzten Preisaufschläge für Aufträge vom 16. Februar bis 31. Oktober mit Wirkung vom 1. Januar 1923 ab verdoppelt, so daß sie 50 bis 400 Proz. betragen. Die Aufschläge auf ältere Aufträge betragen 500—900 Proz. Nach den neuen, vom 1. Januar 1923 geltenden Bedingungen sind Lieferungen vom 1. bis 15. zahlbar am 22. desjenigen Monats mit 2 Proz. Skonto, Lieferungen vom 16. bis zum Schluß des Monats am 7. des folgenden Monats mit 2 Proz. Skonto. Vor- und Verzugszinsen werden mit 18 Proz. berechnet.

Gewinnergebnisse der Textil-Aktien-Gesellschaften.

Die Württembergische Kattun-Manufaktur, Heidenheim a. d. Brenz, verzeichnet in ihrer Bilanz vom 30. Juni 1922 für das Geschäftsjahr 1921/22 einen Verlust von 26,5 Millionen Mark, der auf einen Brand, der das Unternehmen im abgelaufenen Geschäftsjahr heimgelochte, zurückgeführt wird. Im Vorjahr erzielte das Unternehmen bei einem Aktienkapital von 5,0 Millionen Mark einen bilanzmäßigen Reingewinn von 1,97 Millionen Mark, aus welchem eine Dividende von 20 Proz. verteilt wurde.

Seidenindustrie Schniemand A.-G. Eberfeld. Die Gesellschaft weist für das zweite Geschäftsjahr, ohne Abschreibungen ersichtlich zu machen, 5,52 Millionen Mark Reingewinn aus. (Im Vorjahre 2,01 Millionen Mark.) Woraus 20 Proz. Dividende verteilt (i. Vorj. 6 Proz.) und 2,5 Millionen Mark der Reserve zugeführt werden. Bei 15 Millionen Mark Aktienkapital verzeichnet die Bilanz nicht weniger als 395,83 Millionen Mark Kreditoren gegenüber 220,77 Millionen Mark Debitoren.

Aus der ausländischen Textilindustrie.

Von einem Zahlungsausschuß an die polnische Textilindustrie berichtet die Zeitschrift „Spinner und Weber“ in Nr. 1 vom 5. Januar 1923. Es wird u. a. ausgeführt:

„Aus früheren Lieferungen von Rohwolle schuldet die polnische Textilindustrie dem Bradforder Wolllhandel etwa 750 000 Pfund Sterling. Da es im Interesse einer weiteren Versorgung mit Rohwolle durch den Bradforder Markt für die polnische Textilindustrie eine Lebensfrage war, diese alte Schuld, die sie bei der seit langem anhaltenden schlechten Konjunktur unmöglich kurzfristig regulieren kann, abzutragen, wandte sie sich zwecks Einleitung von Verhandlungen an den Bradforder Handel und fand auch dort Entgegenkommen. Nach längeren gemeinsamen Beratungen kam es zu einer Einigung, wonach die polnischen Fabrikanten sich bereit erklärten, die alte Schuld in 30 Raten zu tilgen, die von sechs zu sechs Monaten fällig sein sollen. Die Textilindustrie Polens hofft, ihre Verpflichtungen innehalten zu können, um so mehr, als sie die Erwartung hegt, Rußland und seine Föderativstaaten werden endlich zu Vertragszöllen kommen, wodurch dann wieder eine Belieferung des russischen und ukrainischen Marktes mit polnischen Textilien möglich sein würde. Ob diese Hoffnungen sich verwirklichen, wird bekanntlich davon abhängen, wie sich Polen mit Deutschland über die Transitfrage deutscher Waren nach Rußland einigen wird und ob die russische Sowjetregierung bald zur Aufhebung des vor kurzem erlassenen Einfuhrverbotes für Textilien kommt.“

Die spanische Wollindustrie bildet in Nr. 2 der „Leipziger Wochenschrift für Textilindustrie“ den Gegenstand ausgiebiger Erörterungen. Es wird u. a. ausgeführt:

„Die Wollindustrie ist nach der Baumwollindustrie die wichtigste der katalonischen Industrien. Die Wollindustrie ist zwar in ganz Katalonien verbreitet, aber hauptsächlich in den drei Städten Tarraça, Sabadell und Barcelona konzentriert. Die Wollkammerei wird fast nur in Katalonien ausgeübt, und fast die Gesamtheit der in Spanien bestehenden Kammereien ist in Sabadell und in Tarraça vereinigt. Von den 237 000 Spindeln Spaniens für Streichgarnspinnerei zählt (einem Bericht des franz. Generalkonsulats in Barcelona zufolge) Katalonien 130 490, also mehr als die Hälfte. Die Kammgarnspinnerei wird außer an den drei genannten Hauptzentren noch in geringerer Maße in anderen Teilen des Landes ausgeübt. Die Spindelzahl beträgt in Katalonien 119 000. Die Weberei hat ebenfalls ihre Hauptstätten in den 3 genannten Städten. Sabadell zählt 1950, Tarraça 13 000, Barcelona 300 mechanische Webstühle. Die Gesamtziffer für Katalonien ist nicht bekannt. Nach Veröffentlichungen der spanischen Industrie in Barcelona verteilen sich die Betriebe wie folgt:

Betriebe	Arbeiterzahl	Wert des Produktionsjahres Pietas
Lumpen und Abfallverarbeitung	38	686
Wollwäscherei	23	584
Wollkammerei	17	914
Streichgarnspinnerei	98	2 460
Kammgarnspinnerei	35	3 609
Wollweberei	175	10 825
Wirerei	9	602
Insgesamt (1919)	395	19 680

Soziale Rundschau.

Geburten und Sterblichkeit im Jahre 1922.

Nach Mitteilungen in der Zeitschrift „Volkswohlfahrt“ (Nr. 24 III. Jahrg.) gestatten die vom Reichsgesundheitsamt veröffentlichten Zahlen über die Bevölkerungsbewegung im dritten Vierteljahr 1922 in den 46 Großstädten über 100 000 Einwohnern einige allgemeine Schlüsse. Die Geburtenziffer setzt von Vierteljahr zu Vierteljahr ihren Rückgang fort; im ersten Vierteljahr 78 049 Geburten, im zweiten Vierteljahr 75 726 und im dritten Vierteljahr 67 512 Geburten. Die Sterblichkeitszahlen lauteten im ersten Vierteljahr

66 875, im zweiten Vierteljahr 55 345, im dritten Vierteljahr 44 886. Die niedrigen Sterblichkeitszahlen des dritten Vierteljahres sind aber noch durchaus „kein Beweis günstiger Gesundheitsverhältnisse“. Der zwar nicht ungewöhnlich schwere, aber im Vergleich zum Winter 1921 harte und hartnäckige Winter im ersten Vierteljahr 1922 steigerte die Todesfälle an Erkrankungen der Atmungsorgane sofort über den Durchschnitt. Gestorben waren an Tuberkulose im ersten Vierteljahr 1922 7416, im zweiten Vierteljahr 7404, im dritten Vierteljahr 5385. Während früher die Wohnungskultur in den großen Städten vor den Gefahren der Winterfalte einigermaßen geschützt hat, so daß die Unterschiede eines harten oder milden Winters für die Zahl der Todesfälle an Erkrankungen der Atmungsorgane unerheblich geworden waren, ist jetzt „der Schutz des Wohnungsklimas in den Städten gegen stärkere Schwankungen der Winterfalte durch die Kohlen- und Heizungsnot der großstädtischen Bevölkerung anscheinend verlorengegangen.“

Die Erwerbslosenunterstützung.

Der Vorstand des ADGB hat sich erneut an das Reichsarbeits- und das Reichsfinanzministerium gewandt mit dem Verlangen, die Höhe der Erwerbslosenunterstützung, über deren Erhöhung am 21. Dezember der Reichsrat entscheiden soll, nunmehr auch wirklich entsprechend der Geldentwertung zu erhöhen. Die Erhöhung vom 20. November war bereits beim Inkrafttreten überholt. Inzwischen hat sich die Kaufkraft des Geldes weiter katastrophal gesenkt. Es ist zu fürchten, daß der Reichsrat auch jetzt wieder mit den neuen Sätzen hinter den tatsächlichen Verhältnissen zurückbleibt. Darum die dringliche Aufforderung des ADGB, an die Reichsregierung nach einer genügend hohen Bemessung der Unterstützungssätze.

Die Sozialisierungskommission.

Nach Beendigung des Weltkrieges wurden in verschiedenen Ländern Sozialisierungskommissionen eingesetzt, um den Regierungen Vorschläge zur Ueberführung der im Privatmonopol befindlichen Großindustrien in den Besitz der Allgemeinheit zu unterbreiten. Zu dieser Zeit war der Boden für die Durchführung der Reformen günstig; die Kriegswirtschaft hatte bereits in die Privatwirtschaften stark eingegriffen, die öffentliche Meinung lehnte sich gegen die Monopolherrschaft der Privatkapitalisten auf, und die gesteigerte Macht der Arbeiterschaft, welche die Sozialisierung als eine ihrer Hauptforderungen vertrat, rückte den Gedanken der Sozialisierung in den Vordergrund. Leider waren keine Sozialisierungspläne vorhanden, und die Sozialisierungskommissionen waren berufen, diese auszuarbeiten. In dem Maße jedoch, wie die Macht der Kapitalistenklasse wieder erstarke, sind die Sozialisierungskommissionen rückgebildet worden. In Deutschland besteht sie noch, beschäftigt sich jedoch seit langer Zeit nicht mehr mit Problemen der Sozialisierung, sondern ist eine Kommission von Fachleuten, die in verschiedenen wirtschaftspolitischen Fragen, besonders in der Reparationsfrage, ihre Gutachten der Regierung unterbreitet. In Oesterreich wird jetzt die Sozialisierungskommission aufgelöst, ihr Bureau dem Ministerium des Innern angegliedert und wird in Zukunft mit den bereits bestehenden gemeinwirtschaftlichen Betrieben als „Bundesamt für Gemeinwirtschaft“ (in welchem Staat und Privatkapital gemeinsam vertreten sind) zu tun haben. In Schweden wurde die Sozialisierungskommission einfach aufgelöst, um das Budget von den mit ihrer Tätigkeit verbundenen „überflüssigen“ Kosten zu entlasten. So sterben die Kommissionen langsam ab. Ihr Aufstehen kann nur erfolgen, wenn die Arbeiterschaft durch Organisation und starken Willen die verlorenen Positionen wiedererobert.

Berichte aus Fachreisen.

Berlin. Defaturbranche. Der Branchenleiter, Kollege Emil Mehlmann, blickt am 29. Januar d. J. auf eine 25jährige einwandfreie Tätigkeit bei der Defaturanstalt Gottschalk u. Laste zurück. Zur Zeit seines Eintritts bei der Firma war er der Vorhänge der Filiale 3 Berlin (Defatur) und ist von dieser Zeit an stets für seine Kollegen tätig gewesen. Hoffen wir, daß Kollege M., der 54 Jahre alt ist, noch recht lange als tätiger Vorkämpfer für unsere Arbeitssache tätig sein möge.

Crimmitschau. Aus dem Verbands wurden ausgeschlossen auf Grund des § 4 Abs. c: Alfred Stahl, Auspuher, Freundstr. 15; Marie Härtel, Krempelerin, Freundstr. 15; Martha Halbauer, Andredlerin, Freundstr. 15; Bally Halbauer, Spulerin, Freundstr. 15; Berta Selma Halbauer, Stüdenpuherin, Freundstr. 15; Elisabeth Halbauer, Andredlerin, Freundstr. 15; Lina Pauline Ufert, Andredlerin, Freundstr. 15; Gustav Otto, Fabrikarbeiter, Amfelsstr. 8; Alwin Otto Richter, Weber, Neufischen, Wiesenstr. 46, F. II; Christian Schreiner, Weber, Kirchbergstr. 3.

Hüdeswagen (Rhld.). Mit dem Schlusse des soeben beendeten Jahres konnte der Kollege und Kassierer Paul Geyer sein 25jähriges Verbandsjubiläum feiern. Als Kassierer wirkte er ca. 20 Jahre in musterwürdiger Treue und Sparsamkeit in uneigennützigster Weise für das Wohl des Verbandes und der hiesigen Filiale. Da sich jedoch das Alter bei ihm schon stark bemerkbar macht, hat er aus eigenem Antriebe gebeten, ihm doch die Last als Kassierer von seinen Schultern zu nehmen, und bei der letzten Vorstandswahl ist seinem Wunsche entsprochen worden. In dieser Verammlung wurde unser Paul, wie er stets genannt wurde, zum Ehrenvorstandsmitglied ernannt. Wir wünschen ihm, daß er noch manches Jahr in unserer Mitte uns mit Rat und Tat zur Seite stehen möge.

Neugersdorf. Am Sonntag, den 7. Januar, fand im Gerichtskreisam Eibau eine Konferenz der Betriebsräte und Vertrauensleute der Filiale Neugersdorf des Deutschen Textilarbeiterverbandes statt. Kollege Schulze vom Zentralvorstand sollte über die bevorstehenden Aufgaben der Betriebsräte bei anbrechenden Wirtschaftskrisen sprechen, war aber infolge Krankheit am Erscheinen verhindert. Deshalb behandelte Kollege Kunze (Zittau) das Thema. Während früher, unter dem monarchistischen Staatssystem, der Unternehmer die Krisen in der frivollen Weise ausnützte und nicht danach fragte, in welcher Weise seine Maßnahmen in das Familienleben der Arbeiterschaft eingriffen, wurde durch die neuen Arbeiterschutzbestimmungen der Nachkriegszeit der Arbeiterschaft die Mitwirkung bei den zu ergreifenden Maßnahmen gesetzlich gewährt.

Als gesetzliche Arbeiterschutzbestimmungen kommen in Betracht: das Betriebsrätegesetz mit den §§ 66, 71, 74, 78, 99, in Kompensation damit die Verordnung über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 12. Februar 1920 mit den §§ 12 ff., die Verordnung betreffend Maßnahmen gegenüber Betriebsabbrüchen und Stilllegungen vom 3. November 1920, das Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 6. April 1920 wie auch die Gewerbeordnung. Kollege Kunze legte der Versammlung folgende Richtlinien vor:

Die Wirkungen der Krise sind, soweit wie irgend möglich, von den Schultern der Arbeitnehmer abzuwälzen: 1. mit Hilfe und durch Anwendung und reiflose Ausnutzung der vorhandenen Bestimmungen, die zugunsten der Arbeitnehmer erlassen sind; 2. durch praktisches und kluges Handeln und Verhandeln a) mit dem Arbeitgeber, b) mit den Betriebskollegen; 3. in enger Anlehnung an die Organisation diese Aufgabe zu erfüllen; 4. vorurteilsfrei und gerecht die Maßnahmen im Interesse aller Arbeitnehmer durchzuführen. — Anschließend daran sprachen die Kollegen Schwerdtner, Hauswald und Hoffmann als Leiter der Arbeitsnachweise Ebersbachs, Neugersdorfs und Eibaus. Hauswald brachte die Richtlinien des Landesamtes für Arbeitsvermittlung zu Gehör. Kollege Böhm-Rumburg (Tschschoslawakei) von der Union der Textilarbeiter für das tschschos-

lowakische Grenzgebiet behandelte in trefflichen Worten die Krise und Krisenstimmung, unter Berücksichtigung der Grenzverhältnisse, und forderte zu solidarischem Handeln auf unter der Parole: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ Kollege Ohme (Georgswalde, Tschschoslawakei) entwarf ein Stimmungsbild der dortigen Arbeiterschaft im Namen des Gewerkschaftsstellens Georgswalde. Nachdem noch weitere 15 Kollegen in der Distriktsion und die Kollegen Böhm (Rumburg) und Kunze (Zittau) im Schlußwort gesprochen hatten, wurde folgende Resolution angenommen:

„Die am 7. Januar 1923 im Gerichtskreisam Eibau versammelten Betriebsräte und Vertrauensleute der Filiale Neugersdorf des Deutschen Textilarbeiterverbandes beschließen, daß in jedem Falle einer Betriebsbeschränkung die Organisationsleitung um Rat gefragt werden muß und daß jedes einseitige Vorgehen der Betriebsräte als Disziplinlosigkeit angesehen wird. Im allgemeinen sind die Mitglieder aus dem tschschoslawakischen Grenzgebiet wie Einheimische zu behandeln, soweit landesgesetzliche Bestimmungen dem nicht entgegenstehen. Die individuellen wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Arbeitnehmer ohne Unterschied der Nationalität müssen als Richtschnur zur Beurteilung der Einschränkung maßgebend sein.“

Der zweite Tagesordnungspunkt: „Die Tarifpolitik des Deutschen Textilarbeiterverbandes unter besonderer Berücksichtigung Disziplins“, wurde von Kollegen Richter behandelt. R. ließ nun alle die in den letzten drei Jahren in Disziplins vor sich gegangenen Tarifverhandlungen Revue passieren, dabei die einzelnen Schwierigkeiten, die in den Verhandlungen zu überwinden waren, besonders betonend. Zum Schluß ging der Referent noch auf die Ablehnung unserer neuen Forderungen durch den Arbeitgeberverband ein und schloß unter lebhaftem Beifall mit der Aufforderung, auch fernerhin die Hochloftigkeit der Arbeiterschaft hochzuhalten.

Nördlingen. In der am 7. Januar im Walfisch abgehaltenen Generalversammlung ermahnte nach der Wahl des Vorstandes Gauleiter Dittner, der die Geschäfte des Wahlausschusses leitete, zu treuer Zusammenarbeit, um den Verband als Schutz und Hilfe der Arbeiter hochzuhalten. Die von der Gauleitung geforderten Beiträge wurden mit einem Orts- oder Lokalaufschlag von 10 Mk. einstimmig angenommen. Der neue Vorstehende, Kollege Strauß, bat um treue Mitarbeit, damit er sein Amt zur Zufriedenheit aller ausüben könne.

Spremberg. Bei der Firma Sinapius, hier, sollte die Vorhänge des Betriebsrates entlassen werden, weil sie andere Arbeiterinnen aufgehezt und von der Arbeit ferngehalten habe. Die Belegschaft rückte die Stühle aus und arbeitete nicht weiter. Wohl aber über mußte die Entlassung zurückgenommen werden. Die Entlassung ist, wie Herr Sinapius sagte, ausgesprochen worden, weil eine Weberin, die am selben Tage die Arbeit aufgab, behauptet hatte, daß die Vorhänge des Betriebsrates Weberinnen von der Arbeit zurückgehalten habe. Der Vorfall ist ein Schulbeispiel dafür, wie unternehmerfreundliche Elemente aus der Arbeiterschaft ihre Mitarbeiter auf leichtfertige Weise schädigen und wie ebenso leichtfertig Unternehmer dabei sind, Arbeiter und Arbeiterinnen, die ihnen lästig geworden sind, aus den Betrieben zu entfernen. Daß die Behauptung der Weberin jeder Begründung entbehrt, braucht wohl nicht besonders betont zu werden.

Biersen. Ein Kollege aus der Firma F. H. Goeters in Biersen schreibt uns folgenden Brief: „In unserm Betrieb bereiten sich Dinge vor, die nur zum Schaden der Arbeiterschaft sich auswachen, wenn die Arbeiterschaft tatenlos zusieht. Es ist allgemein bekannt, daß nur wenige Arbeiter und Angestellte friedlich aus dem Betrieb ausscheiden; fast in jedem Fall endet die Kündigung oder Entlassung mit einem Streit am Gewerbegericht. Jetzt sind wieder ein Arbeiter, ein Sattler, ein Schreiner, ein Fuhrmann gekündigt worden. Gründe der Kündigung sind nicht angegeben. Meist sind die Arbeiter nicht organisiert, oder sie sind in der Union, und wissen ihre Rechte nicht geltend zu machen; andererseits fehlt ein Arbeiter, der die Interessen der Gesamtbeschäftigten vertreten könnte. Es wird allgemein angenommen, daß die fortgesetzten Entlassungen auf Betreiben eines Meisters zurückzuführen sind, der sich erdreistet, die Arbeiter als Faulenzer zu beschimpfen. An Stelle der hinausgeworfenen werden von der Firma Arbeitsträfte aus Süddeutschland herangezogen. Die süddeutschen Arbeiter lassen sich nach hier locken, weil Goeters Fabrikwohnungen hat und die Angeworbenen sofort Wohnung bekommen. Sind diese Arbeiter aber erst hier und fügen sich der Krute nicht, werden sie, wie die andern auch, gekündigt. Damit müssen sie auch aus der Wohnung und stecken dann im größten Elend, ohne Brot, ohne Wohnung. So ist es schon manchem Zugereisten ergangen, so ist es kürzlich dem aus Karlsruhe geholten Schlosser Pelzer und dem ebenfalls geholten Meister Fricke ergangen. Vor dem Gewerbegericht erdreistet sich der Vertreter der Firma noch, die hinausgeworfenen als Faulenzer zu bezeichnen. Die Arbeiterschaft beschließt, daß nach und nach in größerer Zahl Arbeiter aus Süddeutschland herangezogen werden sollen. Ich bitte daher, in unserm Fachblatt darauf hinzuweisen, wie die Firma mit zugezogenen, in den Werkwohnungen untergebrachten Arbeitern umspringt. Arbeitermangel besteht hier nicht. Die Firma betreibt Rodweberei und Rod- und Beloeausrüstung.“ Wir veröffentlichen den Brief und bitten unsere Mitglieder, wie in jedem andern Fall, bei Annahme von Arbeit in Biersen erst durch unser Verbandsbureau in Biersen Erkundigungen über die Firmen einzuholen.

Wülfegiersdorf. Arbeiterunion und Bibel. Im Betriebe der Firma Meyer Rauffmann u. Co., Tannhausen, Abteilung Weberei, befindet sich eine Weberin mit Namen Philomena Scholz, welche wiederholt ihren Mitarbeitern gegenüber betont hat, ihre Weisheit aus der Bibel geschöpft zu haben. Frau Scholz wird dann aber auch wissen, daß in der Bibel auch vom Unkraut unter dem Weizen die Rede ist. Wir vom Deutschen Textilarbeiterverband sind allgemein der Ansicht, daß die Arbeiterunion auch ein Unkraut unter dem Weizen darstellt, welches ausgerottet werden muß, weil es ein Krebsgeschwür für die ganze Arbeiterbewegung ist. Tiefbeschämend ist es für die Arbeiterschaft, wenn ein Arbeiter zum Vorgesetzten geht und fragt, ob es etwa schade, wenn jemand zur Arbeiterunion übertritt. O, diese Armut an Geist! Wir ersuchen unsere Kolleginnen und Kollegen vom Deutschen Textilarbeiterverband, Agitatoren und Agitatorinnen, die mit ihrer Weisheit aus der Bibel für die Arbeiterunion Propaganda machen wollen, die Tür zu weisen. — Was sagt übrigens die Arbeiterunion selber zu der Berufung ihrer Werber auf die Bibel? Ist denn die Union eine fromme Sekte? Daß sie nur eine Sekte ist und deshalb den Arbeitern nichts nützen kann, ist ja bekannt — zum Teil hat sie sich ja deshalb auch schon aufgelöst. Doch daß sie fromm und bibelfest sei, das ist uns ganz neu.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 28. Januar, ist der 4. Wochenbeitrag fällig.

Auf Beschluß der Generalversammlung ist ein Stundeneinkommen als Verbandsbeitrag abzuführen.

Geschäftsführer gesucht.

Für die Filiale Düren wird ein Geschäftsführer gesucht. Mit dem Verbandsleben vertraute und für den Posten befähigte Kollegen und Kolleginnen wollen sich mit

einem selbstverfaßten und handschriftlich selbst geschriebenen Aufsatze über die Aufgaben eines Geschäftsführers um diese Stelle bewerben. Das Bewerbungsschreiben muß mit dem Kennwort

„Bewerbung“ versehen sein und spätestens bis 13. Februar d. J. an den Verbandsvorstand, Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7, eingereicht werden.

Bedingungen: Mindestens dreijährige Mitgliedschaft und während dieser volle Beitragsleistung. Gegenwärtig gezahlte Beitragsklasse ist anzugeben. Ferner sind Angaben zu machen über politische Organisationszugehörigkeit. Coll. Zeugnisse wolle man nur in Abschrift beifügen. Gehalt bemißt sich nach den Beschlüssen der vom Beirat eingesehten Kommission vom August 1922.

Das erste Dienstjahr gilt als Probejahr. Während desselben ist beiderseitig vierwöchige Kündigung zulässig. Der Vorstand.

Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzählung.

Stichtag ist Sonnabend, der 27. Januar. An diesem Tage ist eine graue Karte auf beiden Seiten gewissenhaft auszufüllen, mit 25 Mk. zu frankieren (nicht als Druckfrage) und sofort an die Zentrale einzusenden.

Bei der Zählung der Arbeitslosen und Kurzarbeiter dürfen nur Mitglieder unseres Verbandes gezählt werden.

Fehlende Karten können bei der Zentrale bestellt werden.

Der Vorstand.

Unterstützungssätze betreffend.

In Nr. 3 des „Textilarbeiter“ vom 19. Januar sind die Unterstützungssätze für die Beitragsklassen von 110,— bis 500,— Mk. veröffentlicht. Bei der Streitunterstützung ist ein Fehler enthalten, den wir erfragen richtig zu stellen. Bezüglich der Unterstützung der Kinder muß der zweite Satz in Absatz 1 lauten: „Die Unterstützung wird vom 1. Streittag an gezahlt. Außer diesen Sätzen werden für Kinder bis zur Vollendung der gesetzlichen Schulpflicht pro Streittag und Kopf 25 Proz. derjenigen Beitragsklasse gezahlt, die der Berechnung der Streitunterstützung zugrunde liegt.“

Der Vorstand.

Bildungsschulen betreffend.

Auf verschiedene Anfragen zur Kenntnis, daß gegenwärtig den Bewerbern noch keine Mitteilung gemacht werden kann, wer zu den einzelnen Kurzen bestimmt wird.

Der Kursus in Linz beginnt voraussichtlich im Februar oder März und dauert 5 Monate; die Kurze in Berlin, Frankfurt a. M. und Düsseldorf beginnen voraussichtlich im Mai und dauern zehn Monate.

Der Vorstand wird rechtzeitig denjenigen Mitteilung zugehen lassen, die zu den einzelnen Kurzen bestimmt werden.

Der Vorstand.

Adressenänderungen.

Gau Cassel. Calefeld. V: Hermann Bies, Nr. 11. K: Heinrich Stüdemann, Nr. 15.

Eindek. K: Wilhelm Schünemann, Stadtgrabenstr. 35.

Glabenbach. V: Jakob Winhauer, Glabenbach, Bahnhofstr. 8.

Grünberg. V: Peter Behr, K: Fritz Deichmeyer, Bondorfer Str. 47.

Hattorf. V und K: B. Beushausen, Ellernstr. 72.

Langenfalza. V: Albert Goldmann, Unterm Berge 10.

Gau Barmen. Bocholt. V: Wilhelm Grönebohm, Eintrachtstraße 114.

Duisburg. V: Wilhelm Ritter, Emmericher Str. 141.

Düren. V: Rappart Bolter, Birkesdorf i. Rhld., Römppchen 39.

Hagen. V und K: Otto Bloch, Jahnstr. 2.

Keitwig. V: Karl Schürten, Schletterstr. 1.

Offenbach a. M. V: Konrad Saul, Kl.-Biergrund 33. K: P. Gruber, Mühlgasse 11.

Gau Stuttgart. Bietigheim. V: Johann Zündel, Spinnerei 25. K: Georg Schwarz, Spinnerei 39.

Bambrecht. V: August Ehrhardt, Obere Marktstraße.

Schiltach. V: Vinzens Kolber, Schenkengellerstr. 26. K: Xaver Obermüller, Lehengericht, Post Schiltach, Nr. 51.

Wangen. V und K: Karl Steinbach, Geschäftsführer, Kreuzplatz 232.

Gau Augsburg. Bamberg. V: Hans Jehnes, Schildstr. 7. Brumühl. V: Josef Hauser, K: Josef Heibl, Wolldeckenfabrik. Schwarzenbach a. S. V: P. Arzberger, Baugewerkschaft 466b. K: G. Glaser, Baugewerkschaft 466a.

Gau Gera. Langenberg. K: Ottomar Rister, Geysstr. 21. Raitschau. Ist mit Greiz verschmolzen.

Triebes. V: Hans Saalfraut, Am Bahnhof 9.

Gau Dresden. Geyer. V und K: Emil Schuster, Lindenstraße 490m.

Lichtenstein-Cöllnberg. V: B. Graupe, Pestalozzistraße. Riesa. V: Josef Kasper, Gröba b. Riesa, Weststr. 18.

Gau Liegnitz. Leopoldschütz. K: Paul Gallert, Looferstr. 3.

Gau Berlin. Insterburg. V: Friedrich Moos, Luth. Kirchstraße 2.

Prignitz. V: Heinrich Wiese, Burgstr. 26.

Samswegen. V: Paul Knackmuh, Leiche b. Gr.-Ammenleben. K: Paul Borowski, Samswegen, Kohlenberg 9.

Spremberg. V: D. Schuster, Wabstr. 9.

Zusammenkünfte.

Mitgliederversammlungen. Ceobshüh. Sonnabend, 3. Februar, im Volkshaus, Cofeler Straße 6.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder. Nachen. Joh. Schreiner; Bathfar Bachmann.

Berlin. Elise König.

Chemnitz. Emil Otto Aurich; Max Görner; Oswald Grunert; Max Heibig; Robert Müller; Joh. Lina Martin; Emilie Richter.

Crimmitschau. Margarete Kießling; Minna Beder; Marie Dir; Sidonie Diehsh; Richard Schmidt; Johanne Seifert; Wilhelm Wolf; Anna Markgraf; Dora Schmidt; Eduard Malz; Milda Fuchs; Adreht Klepper; Milda Längler; Paul Schmidt; Elja Rödel.

Düren. Johann Coenen.

Erfeld. Maria Nicolai; Ernst Beder; Karl Dory; Emilie Brandelamp; Anna Troff; Emil Fehling; Eduard Oph; Otto Storch; Herm. Nienhaus; Fritz Dangelast; Paul Klein; Helene Glös; H. Langenhepen; Gustav Hoffmann; Karl Behmann; Ewald Hasemeier.

Gera. Helene Felsch; Elsa Bloß; Anna Steiniger; Elsa Bloß; Anna Scherf; Minna Steinbock; Minna Schulze; Marie Schreiner; Marie Pampel; Helene Thöde; Hermann Fleischer; Robert Rante; Johannes Weinhardt; Paul Lässig; Paul Kammloth; Heinrich Haase; Franz Seidel; Robert Engelhardt; Friedrich Heibel; Emil Böhme; Theodor Leubner; Wilhelm Philipp.

Görlitz. Erna Nechenberg.

Guben. Helene Steinbach; Klara Grasse.

Keutlingen. Marie Maier; Julie Reppeler; Berta Straßer; Fritz Otto Hummel; Rosa Bollmer; Elise Dieterle; Christian Kenz.

Sorau N.-C. Auguste Böß; Paul Wundtke; Auguste Marschner; Berta Alter; Margarete Krause; Anna Scheffter; Berta Neubarth; Emma Winkler; Hermann Ritschke; Maria May; Josef Hselohr; Emilie Busch; Auguste Apel; Gottlieb Wolf.

Spremberg. Martha Kreuziger; Berta Erfurt; Pauline Menzel; Emma Breitkreuz; Martha Nowack; Anna Reiff; Emma Schmühler; Minna Koffer; Ferdinand Heißler; Max Kieslich; August Franke; Franz Dabow; Artur Rißler; Julius Heinze; Friedrich Nidel; August Rothnid; Friedrich Werner; Hermann Heidrich; Robert Candor.

Werbau. Marie Walter.

Wülfegiersdorf. Anna Wiener; Hugo Rißke; Martha Beder; Ernst Schnabel; Richard Steinbrich; Pauline Bratke.

Wülfewaldersdorf. August Hantke; Adolf Schindler; Max Pöhl.

Zwickau. Anna Martha Mollat; Frieda Irmgard Ley, Wielau.

Ehre ihrem Andenken!

Redaktionschluß für die nächste Nummer Freitag, 26. Januar

Verlag: Karl Hüsch in Berlin, Magazinstr. 6-7. — Verantwortlich für alle selbständigen Artikel: Hugo Dreßel in Berlin, für alles andere: Paul Wagner in Berlin. — Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.

Als Wochenbeitrag muß ein Stundenverdienst an die Verbandskasse abgeführt werden!

Wirtschaftliche Beilage zum „Textil-Arbeiter“

Inhalt: Wirtschaftliche Rundschau. — Inflation, Deflation, Devaluation. — Mitgliederstand, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet im Monat Dezember 1922. — Die neuen Postgebühren ab 15. Januar 1923. — Die Stärke der Textilarbeiterverbände in Deutschland.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Besetzung des Ruhrgebiets durch Frankreich und Belgien hat den wirtschaftlichen Horizont vollkommen verdunkelt, und es ist noch gar nicht abzusehen, welche Auswirkungen die Gewaltmaßnahmen Frankreichs und Belgiens für das deutsche und europäische Wirtschaftsleben zur Folge haben. Diese Gewaltmaßnahmen treffen zweifellos die deutsche Wirtschaft in der empfindlichsten Weise.

Daß Frankreich dieses „Pfünderpiel“ nicht allein deshalb treibt, weil die Sachlieferungen nicht voll erfüllt sind, ist klar. Frankreich will mehr; es zerlegt deshalb den Friedensvertrag von Versailles selbst, um über diesen Vertrag hinaus sich die europäische Vormachtstellung in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht zu sichern. Es will auf Kosten Deutschlands seine Industrie vergrößern, aber auch gleichzeitig sich die Wirtschaftskräfte aneignen, durch welche schließlich die Vorbedingungen geschaffen werden, die zur Ausübung der politischen Gewalt in Europa notwendig sind. Es braucht das Ruhrgebiet, um sich für seine Hüttenindustrie den unersehbaren Ruhrfoks zu sichern. Frankreich strebt deshalb die Annexion des Ruhrgebiets sowie der linksrheinischen Gebiete an.

Mit dieser Annexion würde es gleichzeitig die völlige wirtschaftliche und politische Verstümmelung Deutschlands, soweit dies nicht schon durch den Friedensvertrag von Versailles geschehen ist, über eine unabsehbare Zeit hinaus erreichen. Daß Poincaré diese seine Absichten so gut, wie möglich verbirgt, ist ein Zug, der den Imperialisten aller Staaten eigen ist. Das Bedauerlichste an der ganzen Sache ist, daß die deutsche Regierung wegen Bagatellen Gelegenheiten gab, das Ruhrgebiet zu besetzen; bei einigermaßen gutem Willen hätte es möglich sein müssen, dies zu verhindern.

Die eigentlichen Ursachen, die zur Besetzung des Ruhrgebiets geführt haben, sind, daß Deutschland von 200 000 Telegraphenstangen und 55 000 Kubikmeter Schnittholz, die es liefern sollte, nur 55 000 Telegraphenstangen und 35 000 Kubikmeter Schnittholz geliefert hat. Die deutschen Vertreter haben eine Nachlieferung innerhalb eines Vierteljahres versprochen; ihr Vorschlag wurde jedoch abgelehnt. Die Reparationskommission hat festgestellt, daß hier eine Verletzung Deutschlands vorliegt. Ferner war nach dem Friedensvertrag von Versailles die deutsche Regierung verpflichtet, jährlich 19 584 100 Tonnen Kohlen zu liefern. Auf der Konferenz in Spa ist die Lieferungs menge auf 13 864 100 Tonnen ermäßigt worden. Nach der deutschen Auffassung sind 89 Proz. der Kohlenlieferung ausgeführt worden, Frankreich jedoch hat nur 32 Proz. als geliefert berechnet. Frankreich besteht auf der Kohlenlieferung durch Deutschland, obwohl es die gelieferten Kohlen zu verbrauchen gar nicht in der Lage ist. Im Saargebiet wurden im Jahre 1921 7,6 Millionen Tonnen Kohlen gefördert, von denen Frankreich nur 3,4 Millionen Tonnen genommen hat, obwohl die Kohlenwerke im Norden noch nicht wieder in Betrieb genommen waren. Gegenwärtig gehen nur 35 Proz. der Förderungsmengen nach Frankreich, 20 Proz. werden nach Deutschland verkauft.

Mit der deutschen Reparationskohle hat Frankreich gute Geschäfte gemacht. Bis zum 28. Februar 1922 waren 23,7 Millionen Tonnen Kohle geliefert worden; dafür waren von der Reparationskommission 1 489 000 Frank gutgeschrieben worden. Von der französischen Regierung waren diese Kohlen für 2 026 263 000 Franken verkauft worden. Der gutgeschriebene Betrag wurde aber nicht für den Wiederaufbau verwendet, sondern zur Verbilligung der Preise der französischen Kohle. Die französischen Kohlenproduzenten bekamen diese Summen in den Taschen geworfen. Durch die Besetzung des Ruhrgebiets wird die gesamte Kohlenversorgung Deutschlands aufs ernsteste bedroht. Diese beiden „Verletzungen“ Deutschlands sind für Poincaré Grund genug, ein größeres Gebiet Deutschlands mit seiner Militärmacht zu besetzen und durch Gewaltandrohung aus Deutschland größere Sachlieferungen herauszupressen.

Der Grund zur Besetzung des Ruhrgebiets ist ein recht gesuchter und ist nur verständlich in der Annahme, daß Poincaré damit machtpolitische Pläne verwirklichen will.

Ob freilich die Ruhrbesetzung für Frankreich die gewünschten Früchte bringt, ist eine andere Frage, die uns nur die Zukunft beantworten kann. Läßt sich die deutsche Regierung allzu stark von der Schwerindustrie in diesen Tagen beeinflussen, deren Verbindung stark zu dem Vertreter der schwärzesten Reaktion, zu Herrn Hefferich, reicht, dann wird man freilich in der Auffassung bestärkt, daß die Regierung Herrn Poincaré zu einem leichten Triumph über die Durchführung seiner Pläne verhelfen wird.

Frankreich kann sich die europäische Vormachtstellung nur dadurch sichern, daß es gleichzeitig seine wirtschaftlichen Kräfte so erweitert, daß diese ihm die dauernde Erhaltung einer starken Militärmacht möglich machen. Heute reichen die wirtschaftlichen Kräfte Frankreichs dazu nicht aus. Das wäre nur der Fall bei dauernder wirtschaftlicher und politischer Angleichung deutscher Wirtschaftsgebiete an Frankreich. Durch eine weitere Verstümmelung Deutschlands wäre aber jede fernere Zahlungsmöglichkeit zerschlagen und unmöglich gemacht. Es ist also mehr als fraglich, ob Frankreich durch sein Vorgehen auf seine Kosten kommt.

Zunächst hat die Besetzung des Ruhrgebiets dem Marktfurz neuen Antrieb gegeben und in rasendem Tempo sauft die Mark in die Tiefe, wodurch die Grundlagen der deutschen Wirtschaft und der deutschen Finanzen weiter zerrüttet werden. Die deutsche Wirtschaft treibt dem Zusammenbruch zu. Die Defizite des Reichshaushalts, der Länder und der Gemeinden werden immer größer. Jeder Deckungsvoranschlag wird durch die Markentwertung über den Haufen geworfen. Der Banknotenumlauf ist ins Riesenhafte angeschwollen. Am

30. Juni 1914 betrug der Banknotenumlauf 2,4 Milliarden Mark, am 31. März 1922 war er auf 132,7 Milliarden Mark gestiegen, und gegenwärtig bewegt er sich bis über eine Billion Mark. In der gleichen Weise hat sich die schwebende Schuld von 0,5 Milliarden von 1914 auf 1 002 000 000 Mark erhöht. Der Traum der

Marktabstufung

hat sich als Scham erwiesen. Die Ruhrbesetzung hat alle Hoffnungen begraben, die vor einem Monat gehegt wurden: daß eine Marktabstufung und damit die Wiedergesundung der Reichsfinanzen und der Wirtschaft herbeigeführt werden könnte; sie sind geplatzt wie Seifenblasen. Es ist müßig, heute, unter dem Eindruck der Besetzung des Ruhrgebiets und der rasenden Entwertung der Mark, von einer Marktabstufung zu reden. Aber trotz alledem bleibt die Tatsache bestehen, daß wir so lange nicht in der Lage sind, die Marktabstufung zu erreichen, wie wir unsere Finanzen nicht ordnen können. Der Verfall unserer Wirtschaft wird und muß unter diesen Umständen weiterschreiten. Die Zertrümmerung unserer Wirtschaft macht es uns aber unmöglich, die Siegerstaaten gemäß den getroffenen Verträgen befriedigen zu können. Deutschland ist es nur möglich, dann Reparationen zu leisten, wenn es seine Wirtschaft entwickeln kann und aus dieser Entwicklung heraus die Möglichkeit dazu gegeben ist. Es wird uns ja freilich niemals möglich sein, den Vertrag von Versailles zu erfüllen, weil dies über die Kräfte der deutschen Wirtschaft hinausgeht. Das würde Frankreich wissen, wenn es die volkswirtschaftlichen Kräfte Deutschlands in der Zeit vor dem Kriege abmessen würde; wenn es erwägen würde, daß Deutschland zu dieser Zeit über viel größere Kraftquellen verfügte als heute; wenn es Vergleiche ziehen würde zwischen dem vor 1914 Geleisteten und dem, was wir heute innerhalb der enger gezogenen Grenzen und mit den durch den Friedensvertrag von Versailles verstümmelten Wirtschaftskräften leisten sollen. Es würde einsehen müssen, daß das, was von uns verlangt wird, auszuführen unmöglich ist.

In welcher Weise die Marktentwertung im Laufe des vergangenen Jahres fortgeschritten ist, zeigt folgende Tabelle, die wir der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ entnehmen:

Datum	1 Dollar	1 Pfund	1 franz. Franc	1 holländ. Gulden	1 schwed. Franc
Parität 31. Juli 1914	4,19	20,43	0,81	1,63 1/2	0,81
2. Januar 1922	186,75	790,-	16,10	68,75	86,37
1. Februar 1922	204,-	873,50	16,95	78,-	41,20
1. März 1922	230,-	1022,50	21,15	87,50	45,-
1. April 1922	298,-	1301,50	27,40	111,05	59,10
1. Mai 1922	282,-	1249,-	26,-	107,50	54,75
1. Juni 1922	272,50	1212,50	24,80	105,75	52,10
1. Juli 1922	402,-	1612,50	34,-	158,48	77,50
1. August 1922	644,-	2860,-	53,-	248,50	122,75
1. September 1922	1300,-	5600,-	101,-	430,-	246,-
2. Oktober 1922	1812,78	7915,-	137,82	697,12	388,07
1. November 1922	4533,62	20299,-	321,69	1773,05	820,34
1. Dezember 1922	7650,-	38500,-	527,50	2935,-	1455,-
30. Dezember 1922	7331,-	33915,-	531,16	29112,27	1384,-

Interessant ist daran, daß die Marktentwertung immer dann ein schnelleres Tempo einnahm, nach den verschiedenen Reparationskonferenzen der Alliierten, die unter sich nicht einig werden konnten; so auch bei dieser letzten, ergebnislos verlaufenen Konferenz in London. Das Bild zeigt, daß sich bis Mitte des Jahres der Fall der Mark allmählich vollzog, in der zweiten Hälfte des Jahres der Sturz aber ganz rapide vor sich ging.

Die Marktentwertung hat als Begleiterscheinung eine ungeheure

Teuerungswelle

im Gefolge gehabt, die, wie wir schon sagten, nicht nur die öffentlichen Finanzen in unserer Wirtschaft, sondern auch die Lebensmöglichkeiten der breiten Schichten der Bevölkerung in der schlimmsten Weise bedroht. Die Preissteigerung wird am besten in der „Frankfurter Zeitung“ illustriert, nach welcher der Großhandelsindex folgende Entwicklung angenommen hat:

Anfang des Monats	
Januar 1922	4217
Februar	4599
März	5420
April	6703
Mai	7384
Juni	7851
Juli	9 102
August	13 978
September	29 116
Oktober	43 223
November	94 492
Dezember	167 412

Der neuerliche Marktfurz im Januar 1923 aber hat alles bisher Erlebte in den Schatten gestellt. Der Dollar ist auf 23 000 Mark gestiegen. Die Preise werden folgen. Die Teuerung wird sich demzufolge vervielfachen.

Die Verschlechterung des Marktfurses infolge der Besetzung des Ruhrgebiets hat eine weitere akute Preissteigerung auf allen Gebieten der Warenwirtschaft ausgelöst. Die auf den Schlachttag des 15. Januar berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist von dem 1670fachen am 5. Januar auf das 2131fache gegenüber dem Friedensstande oder um 27,6 Proz. am 15. Januar gestiegen. In dem gleichen zehntägigen Zeitraum haben die vorwiegend im Inlande erzeugten Rohstoffe (Inlandwaren) von dem 1472fachen auf das 1894fache oder um 28,6 Proz., die Einfuhrwaren von dem 2660fachen auf das 3316fache oder um 24,7 Proz. angezogen. Das Preisniveau der Lebensmittel hob sich von dem 1311fachen auf das 1703fache oder um 29,9 Proz., das der Industriestoffe von dem 2342fachen auf das 2931fache oder um 25,1 Proz.

Das Elend der arbeitenden Bevölkerung und der geistigen Arbeiter ist bis zur Unerträglichkeit gestiegen. Deutschland ist infolge des Massenelends nicht mehr in der Lage, die geistigen Kräfte vorzubilden, die die Industrie, der Staat und die Gesellschaft für die Zukunft notwendig haben. Das bedeutet für Deutschlands Zukunft ein unausstößbares Manko.

Kartellpolitik

Die Marktentwertung hat die Kartellpolitik stark gefördert. Kartelle in horizontaler und vertikaler Richtung haben sich in letzter Zeit in Menge gebildet. Das vergangene Jahr wird in der Kartellbildung den Rekord geschlagen haben. Nicht allein die Beschaffung der Rohstoffe, die durch die fortgesetzte Marktentwertung ab und zu Schwierigkeiten machte, sondern auch der Gedanke, die Beherrschung des Marktes besser im Auge zu haben, hat die

Kartellpolitik gefördert. In der Textilindustrie haben die Konzentrationsbestrebungen und Fusionen eine Entwicklung angenommen, die niemand vorausgesehen hat. Ganze Industriegruppen haben sich zu einem einzigen Kartell zusammengeschlossen. Daß die Kartelle in der Preisbildung ihre wirtschaftliche Macht vollkommen ausnützen, versteht sich am Rande. Aber nicht nur in der Preisbildung. Die Industriefürsorge versuchen selbstverständlich auch auf die Reichspolitik einen immer größeren Einfluß auszuüben, der sich bei dem Wachstum ihrer wirtschaftlichen Macht in gefährlicher Weise erhöht. Die Regierung Cuno ist ja der erste große Erfolg dieser Industriefürsorge.

Die Marktfürze, die in der letzten Zeit eingetreten sind, haben auch die Industrie ab und zu beunruhigt, weil sie hierdurch doch zeitweise unter einer Kapitalnot gelitten hat. Reinesfalls stimmt aber das Klagegedicht der Textilindustriellen, daß ihnen durch die Marktentwertung irgendwelche Schäden erwachsen seien. Das beweist schon die Tatsache, daß die Textil-Atiengesellschaften dazu übergegangen sind, die

Obligationen zu kündigen

weil sie jetzt die Gelegenheit für sehr günstig erachteten, die in Gold aufgenommenen Schulden in entwertetem Gelde zurückzahlen. Diese Entlastung ist für die Schuldner sehr wichtig, da mit den Obligationen sehr wertvolle Vermögensanlagen geschaffen worden sind. Wenn die Unternehmungen sich tatsächlich in Kapitalnot befänden und wenn sich tatsächlich die Betriebe nicht rentierten, dann würde man nicht in der Lage sein, gegenwärtig, wo ein so unerhörter Marktfurz eingetreten ist, sich dieser Obligationen zu entledigen. Daß es geschieht, zeigt wohl, daß von der Marktentwertung die Industrie nicht getroffen worden ist; die Industrie hat ihre flüssigen Mittel zum großen Teil in Sachwerten und Devisen angelegt. — Die

Lage der Textilindustrie

wird gegenwärtig hier nicht gerade günstig geschübert. Die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit hat im Dezember und Januar wesentlich zugenommen und ist auch bis heute immer noch im Steigen begriffen. Bereits sind Meldungen eingelaufen, die dahin gingen, daß Webereien Arbeiterentlassungen vornehmen. Dies wird vor allen Dingen aus den Bezirken der Bollenweberien der sächsisch-thüringischen Betriebe, aus der Lausitz, aus den rheinisch-süddeutschen Stoffabriken berichtet. Ueber die Geschäftslage in der Textilindustrie berichtet die „Textilwoche“ in der Nr. 3 folgendes:

Die Baumwollstoffweberien hatten bisher noch mit der Auslieferung älterer Orders zu tun, aber auch bei ihnen sucht man schon seit längerer Zeit die Arbeit zu strecken, um die Maschinen nicht zum Stillstand zu bringen. Neue Aufträge gehen jedoch in so geringfügiger Menge ein, daß man demnächst mit größeren Arbeitseinsparungen wird vorgehen müssen. Die Beschäftigung der Seidenweberien ist nicht gleichmäßig. Soweit sie für den Inland arbeiten, zeigt sich eine äußerst schwache Tätigkeit, da die Seidenfabrikate für den heimischen Bedarf unerschwinglich teuer sind. Dagegen haben ziemlich viele Fabriken für das Ausland flott zu tun, namentlich die Domastweberien, sowie die Betriebe für abgepaßte Tisch- und Bettzeuge verfügen über einen recht reichlichen Auftragsbestand, der zumeist von amerikanischer Häusern herrührt. Die Seidenweberlei leidet schwer unter den Teuerungsvhältnissen und ihre Betriebe sind denn auch nur mit bedeutend verkürzter Arbeitszeit im Gange. Besser sieht es in den Samtfabriken aus, doch handelt es sich hier fast ausschließlich um einen speziellen Artikel, der den Samtweberien erhöhte Beschäftigung gibt, nämlich um Belours Chiffon, der ein großer Modestoff in Amerika geworden ist. Während die Stühle für dieses Gewebe auf lange Zeit im Gange bleiben können, ist dagegen in allen anderen Erzeugnissen, namentlich in Puffjacket nur wenig Arbeit vorhanden und dieser Teil der Fabriken mußte ebenfalls Arbeitszeitkürzungen vornehmen. Ähnlich ist der Beschäftigungsgrad in der Tricotagen- und Wirtwarenindustrie. Hier werden noch Handschuhe in einigermaßen belangreichen Mengen und ebenso Tricotstoffe verlangt, während für alle übrigen Artikel die Nachfrage nur äußerst schwach ist.

Wie sich die Dinge in Zukunft entwickeln werden, ist vollkommen in Dunkel gehüllt. Wenn sich die Lage in der Textilindustrie verschlechtert hat, so ist dies auch darauf zurückzuführen, daß die Kaufkraft im eigenen Land stark nachgelassen hat. Die zahlungsfähigen Schichten haben sich mit Waren vollkommen vollgelogen. Die breiten Schichten, die nur von der Hand in den Mund leben, sind aber wirtschaftlich so herabgedrückt, daß sie heute nur noch einen Bruchteil dessen konsumieren, was sie 1913 und 1914 zu konsumieren in der Lage waren. Zum anderen aber drohen unserem Export vielfache Gefahren. Nicht weil wir durch Ausfuhrabgaben und Ausfuhrkontrolle dem Export Schwierigkeiten bereiten, sondern aus ganz anderen Ursachen. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß auf den Auslandsmärkten schwere Klagen gegen die deutschen Industrien laut werden, und zwar einmal, weil die Qualität der Waren stark zurückgegangen ist, und zum anderen, weil sich die deutschen Fabrikanten an die Vertragsabschlüsse in keiner Weise gebunden fühlen.

Die deutsche Industrie hat heute nicht mehr die Vorteile, die sie früher in der Form von Meistvergnügnungsverträgen usw. gehabt hat. Die Dinge sind heute so gestaltet, daß die mit Deutschland konkurrierenden Staaten starke Zollmauern aufrichten, um ihre eigene Industrie gegen die deutsche Konkurrenz zu schützen.

In Amerika sind jetzt Zoll erhöhungen vorgenommen worden, durch die die deutsche

Baumwoll-, Woll- und Seidenstoffindustrie

stark getroffen wird. Die Zoll erhöhungen betragen 60 bis 90 Proz. der früheren Zölle, so daß die Ausfuhr nach Amerika stark beeinträchtigt wird. Die Amerikaner verweisen darauf, daß die Zoll erhöhungen notwendig gewesen wären, weil deutsche Fabrikanten und Exporteure ihre Waren, um sie zu höheren Preisen zu verkaufen, „wildem Importeuren“ überließen, anstatt sie regulären Importeuren abzuliefern. Die „wildem Importeure“ seien mangels Kundenschaft vielfach gezwungen gewesen, ihre in Deutschland eingekauften Waren zu Schundpreisen auf den Markt zu werfen, nur um ihr Geld wieder zu erlangen. Es traten dabei Preisunterschiede von mehreren 100 Proz. zwischen Importeuren und Detailverkäufern zutage, welche die Hochschulzöllner veranlaßten, die neuer Staaten durchzuführen. Hier hat also ebenfalls de

„wilde Export“ dazu geführt, daß die deutsche Industrie, und namentlich die Textilindustrie, vor immer größere Schwierigkeiten gestellt wird.

Daß es der Textilindustrie bisher gelang, die Preise entsprechend der Marktentwertung höher zu stellen und sie dem Dollarstand anzupassen, wird durch Gegenüberstellung der Preisentwicklung für Baumwolle und der Halbfertigfabrikate und des jeweiligen Dollarstandes gezeigt.

Table with 6 columns of exchange rates for various goods like cotton, wool, etc.

An der Baumwollbörse Stuttgart notierte man für 88 Zentimeter breite Cretonnes 16/16 20/20 am

Table with 6 columns of exchange rates for various goods like cotton, wool, etc.

Die Steigerung der Baumwollpreise betrug hiernach das 54,1fache. Der Preis des Fertigfabrikats ist auf das 46,4fache und der Dollar auf das 43,5fache gestiegen.

Die Arbeitslöhne haben sich jedoch nicht in dieser Weise entwickelt. Auf Grund der Durchschnittslöhne, die wir errechneten, betrug Anfang 1922 der Akkordstundenlohn im Durchschnitt 8,03 Mk.; bis Ende 1922 ist er auf 289,38 Mk. gestiegen.

Inflation, Deflation, Devaluation.

Vielen gilt das Fremdwort in der deutschen Sprache als ein Fremdkörper, eine Verhöhnung. Das ist nicht ohne weiteres richtig. Das Fremdwort kann auch eine Bereicherung sein und ist zumeist ein Begriff mit internationalem Kurs.

Heute, da die Fragen der Volkswirtschaft, der Währung, der internationalen Handelsbeziehungen und der Wiedergutmachung in aller Munde sind, wird auch viel von Inflation, Deflation und Devaluation gesprochen.

Was heißt Inflation? In der volkswirtschaftlichen Literatur wird dazu gern eine kleine Geschichte erzählt. Vor mehr als hundert Jahren kam der Viehhändler Daniel Drew, der öfters Viehherden nach der Stadt New York trieb, auf den Gedanken, seinem Vieh künstlich einen höheren Verkaufspreis zu geben.

Eine Inflation wird durch Entwässerung (Deflation) beseitigt. Es kann aber auch das „Wassergeld“ in Blut umgewandelt werden. Im ersten Falle der Deflation (Entwässerung) zieht sich der künstlich aufgeblähte Geldumlauf zusammen.

Es gibt verschiedene Arten und Möglichkeiten der Reunormalisierung. Nehmen wir an, es wird der Kurs der Papiermark festgesetzt, wir prägen dann Goldmünzen, die dieser Bewertung entsprechen.

Mitgliederstand, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet im Monat Dezember 1922.

Der Bericht umfaßt 96,2 Proz. der Mitglieder. 337 Ortsverwaltungen meldeten 700 827 Mitglieder, davon 471 181 weibliche; 39 Ortsverwaltungen, die nach früheren Zählungen 27 515 Mitglieder umfassen, haben nicht oder zu spät berichtet.

Table showing membership and unemployment statistics from 1918 to 1922, categorized by month.

Die Zahl der Kurzarbeiter stieg diesmal von 19,1 Proz. im Vormonat auf 23,1 Proz. Gezählt wurden 52 572 männliche und 109 389 weibliche, zusammen 161 961 kurzarbeitende Mitglieder.

Table showing weekly working hours and number of employees in various industries.

Arbeitslose und Kurzarbeiter zusammengenommen ergeben 26 Prozent der Mitglieder (im Vormonat 20,6 Proz.). Da erst anfangs des Jahres 1921 mit den regelmäßigen Kurzarbeiterzahlungen begonnen wurde, kann sich ein Rückblick nur über zwei Jahre erstrecken.

Table comparing unemployment and part-time workers in 1921 and 1922.

Die Stärke der Textilarbeiter-Verbände in Deutschland

Large table comparing membership numbers of textile workers' associations in Germany for June 1914 and October 1922.

Vom Hundert sämtlicher organisierten Textilarbeiter gehörten zum Deutschen Textilarbeiter-Verband 75,8 im Juni 1914, 82,6 im Oktober 1922.

Die neuen Postgebühren ab 15. Januar 1923.

Table listing postal rates for various services like letters, telegrams, and parcels.

(Nicht freigemachte Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben werden nicht befördert. Für unzureichend freigemachte Sendungen dieser Art wird das Doppelte des Fehlbetrages, mindestens aber ein Betrag von 50 Pf. nachgehoben.)

Table listing rates for parcels and packages, including domestic and international rates.

Darüber: Je Kilo in der Nahzone 100 Mk., in der Fernzone 200 Mk. mehr. Höchstgewicht 20 Kilo.

Verbindungen (Wertbriefe und Wertpakete). Die Gebühr für eine gleichartige eingeschriebene Sendung und die Versüßungsgebühr beträgt:

Table showing rates for registered mail and telegrams.

Die Einschreibgebühr ist auf 40 Mk., die Vorgegebene für Packnahmen und Postaufträge auf 25 Mk. festgesetzt.

Table showing rates for parcel postage and telegrams.

Neu ist die Wiedereinführung der Paketbestellgebühr, welche für ein Paket bis zu 10 Kilogramm 50 Mk., über 10 Kilogramm 100 Mk. beträgt.

Wir bitten, vorstehendes zu beachten!